

Wöchentlich 50 Bl., monatlich 3,00 M.
Im Voraus zahlbar, Postweg 4,22 M.
einshl. Beleggeld, Anzeigenabnahme
6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-
Unterhaltung und „Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Jugend“, „Bild in die
Widerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
50 Pfennig, Reflektierte 2.— M. im
Markt, „Kleine Anzeigen“ das letz-
erachte Wort 25 Pfennig, gültig zwei
vergedruckte Worte, jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Kristallnacht
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Kommunen Seite 60 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft (Boden-
straße 2, wochentl. von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 3

Chamberlain für Räumung.

England ist zur wohlwollenden Erwägung etwaiger Vorschläge bereit.

London, 18. Juli.

Im Unterhaus stellte heute das Mitglied der Arbeiterpartei
Bellod die Frage, ob die britische Regierung das vor kurzem
gestellte Ersuchen des deutschen Reichskanzlers be-
züglich der Rheinlandräumung erwogen habe, und ob sie
bereit sei, in wohlwollender Erwägung dieses Ersuchens zu handeln.

Chamberlain erwiderte, der deutsche Reichskanzler habe in seiner
Reichstagsrede keine ausdrückliche Forderung bezüglich
der Räumung des Rheinlandes gestellt, sondern lediglich der An-
sicht Ausdruck verliehen, daß das besetzte Rheinland in Anbetracht
der bestehenden Verhältnisse noch vor Ablauf des durch den Ver-
trag von Versailles festgesetzten Zeitpunktes geräumt werden
sollte.

Die britische Regierung stehe dieser Ansicht wohlwollend gegenüber,
aber eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes könne, wie er bereits
früher auseinandergesetzt habe, nur auf Grund einer besonderen
Vereinbarung zwischen den Befehlsmächten und Deutsch-
land erfolgen, bei der neben den Befehlsmächten auch andere
Mächte befragt werden müßten.

Die britische Regierung sei jedenfalls bereit, etwaige Vorschläge,
die von einer an dieser Frage stärker interessierten Seite aus-
gingen, in wohlwollender Erwägung zu ziehen.

Bellod stellte sodann die weitere Frage, ob Chamberlain irgend-
welche Initiative ergriffen habe in Anbetracht des Umstandes,
daß Deutschland während der letzten drei Jahre sich mit zunehmender
Entschiedenheit von allen militärischen Tendenzen abgewandt und
sogar im vergangenen Jahre Vorschläge für ein Rüstungs-
programm abgelehnt habe, zu dessen Durchführung es auf
Grund der Friedensverträge berechtigt gewesen wäre.

Chamberlain erwiderte: Es geht mich stets in Verlegen-
heit, wenn ich Fragen beantworten soll, die von so vielerlei Vor-
aussetzungen ausgehen. Ich beschränke mich darauf, den Kern der

Frage zu beantworten. Ich glaube nicht, daß ich zurzeit mit
irgendwelchem Nutzen eine Initiative ergreifen kann.

Der Abgeordnete Wedgwood fragte, ob die Regierung bei Er-
wägung dieser Angelegenheit auch an die Mehrkosten denke, die
das Verbleiben der britischen Truppen im Rheinland verursache,
und ob die Regierung mitteilen könne, auf wieviel sich diese Mehr-
kosten belaufen.

Chamberlain erwiderte, diese Mehrkosten seien nicht der
Rede wert. (!)

Wedgwood stellte die weitere Frage: Ist es nicht eine Tat-
sache, daß die Kosten der britischen Besatzung im Rheinland von der
Entschädigungssumme abgezogen werden, die wir von Deutsch-
land zu erhalten haben?

Chamberlain antwortete: Die Kosten unserer Besatzung im
Rheinland bilden einen Posten, der vor den Reparationen bezahlt
wird. Jedoch steht unser Anteil an den Reparationen in keinem
direkten Verhältnis zu dem Anteil an der Summe, die Deutschland
für die Aufrechterhaltung der Besatzung im Rheinland zu be-
zahlen hat.

Wedgwood warf ein: Wir erhalten also weniger an
Reparationen. Chamberlain antwortete: Und mehr an Be-
satzungskosten. (!)

Der Abgeordnete Kirkwood stellte die Frage: Ist der Staats-
sekretär des Außenwesens bereit, endlich die Rolle des Starken
zu übernehmen, der sich seiner Stärke bewußt ist und es sich leisten
kann, edelmütig zu sein? Ist es nicht für uns an der Zeit, der
Welt unseren Friedenswillen zu beweisen, indem wir alle unsere
Truppen vom Rhein zurückziehen?

Chamberlain antwortete: Ich habe bereits gesagt, daß ich es
zurzeit nicht für zweckmäßig erachte, eine Initiative zu
ergreifen. Die Zurückziehung der britischen Truppen alle in würde
die Frage der Rheinlandräumung weder lösen noch sie einer Lösung
näherbringen.

Mexiko in Trauer und Erregung.

Calles dürfte Präsident bleiben. — Der Täter schweigt.

Luz. Mexiko-City, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Heute erfolgte die Ueberführung der im National-
palast ausgeführten Leiche Obregons nach dessen Geburts-
stadt Sonora. Der 22-jährige Mörder verweigert trotz
wiederholten persönlichen Verhörs durch den Präsidenten
Calles nach wie vor jede Auskunft. Der Polizeigeneral
Cruz und andere Polizeihilfsbeamte wurden auf An-
ordnung des Präsidenten Calles abgesetzt. Der Be-
lagerungsstand ist über ganz Mexiko verhängt
worden. Die Empörung und die tiefe Trauer ist allge-
mein. Die Lage ist augenblicklich völlig unsicher. Die
Ruhe wurde aber bisher im Lande nirgends gestört.

Die Führer der Obregon-Partei werden in einer
Nachsitzung die Anerkennung Calles' als Hauptführer
besprechen. Eine außerordentliche Parlamentsitzung ist
einberufen worden, da auf Grund der mexikanischen Ver-
fassung das Parlament berechtigt ist, falls der neue-
wählte Präsident stirbt, seinen Nachfolger selbst zu
wählen. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die Wahl auf
Calles fallen wird, der die Präsidentschaft somit be-
halten wird. Wie sich Calles selbst dazu stellt, ist aller-
dings bisher nicht bekannt geworden.

Wird der Attentäter reden?

Während sich der Trauerzug durch die dichten Volksmassen be-
wegte, die die Straßen Mexikos erfüllten, machte sich die Erregung
über das Attentat in gedämpften Kundgebungen des Jornes und der
Empörung Luft. Der nationale Arbeiterverband und der Leiter des
Wahlkampfes für Obregon Aaron Saenz hatten Aufrufe er-
lassen, in denen zur Besonnenheit ermahnt und aufgefordert
wurde, das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat abzu-
warten. Es ist auch tatsächlich zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Der Polizeichef Ferruch erklärte, der Mörder des Präsi-
denten beginne den Mund zu öffnen und man könne
weitere Verhaftungen erwarten.

Hatte der Attentäter weitere Morde geplant?

Luz. Mexiko-City, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Tat ist nach den bisherigen Feststellungen vorläufig
ausgeführt worden. In der Tasche des Mörders wurde z. B. eine

Abschiedsnote an dessen Familienangehörigen folgenden
Wortlauts gefunden: „Ich weiß, daß ich zur Ausführung meines
Grundsatzes sterben werde und ich entbiete Euch Lebewohl!“
Diese Note ist ein Beweis dafür, daß die Mordtat vorbereitet war.
Auf einem anderen Zettel, der sich im Besitz des Mörders befand,
steht der Name Lopez, des Führers der Obregon-Fraktion im
Kongreß. Außerdem war der Name Robinson verzeichnet, der
mit der Tochter des Präsidenten Calles verheiratet ist. Man ver-
muetet, daß die beiden Persönlichkeiten ebenfalls ermordet wer-
den sollten.

Mag Hölz entlassen.

Beschluß des Reichsgerichts. — Gestern Abend aus Sonnenburg abgereist.

Der Ferien Senat des Reichsgerichts hat am Mittwoch gemäß
einem Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld die sofortige
Haftentlassung von Mag Hölz angeordnet. Das ein-
geleitete Wiederaufnahmeverfahren geht unabhängig hiervon weiter.

Mag Hölz hat gestern Abend 8 Uhr das Zuchthaus in Sonnen-
burg verlassen und ist in Begleitung seines Verteidigers Dr. Apfel
abgereist. Vor dem Zuchthaus hatten sich zahlreiche Ortsbewohner
eingefunden. Irgendwelche politischen Demonstrationen sind nicht
vorgekommen.

Todesurteil im Hein-Prozess.

Wegen Mordes in zwei Fällen.

Noburg, 18. Juli.

Das Gericht verkündete gegen 9 Uhr folgendes Urteil:
Der Angeklagte Hein wird wegen Mordes in 2 Fällen
zweimal zum Tode und wegen Totschlagversuch und
Mordversuch in je einem Fall zu zusammen 15 Jahren
Zuchthaus verurteilt.

(Siehe auch 1. Beilage.)

China im Ring der Mächte.

Japans Nachtkampf um die Mandchurei.

Von Elias Hurwitz.

Die Einheit Chinas unter der Kuankingregierung, der
Imperialismus Japans und die Haltung der übrigen
Mächte, bildet zurzeit im Fernen Osten ein einziges, inein-
anderverflochtenes Knäuel politischer Fragen. Im Vorder-
grund steht dabei das Verhältnis Japans und Chinas: schon
deswegen, weil Japan zurzeit die aktivste aller an China
interessierten Mächte ist und von China als der Haupt-
feind angesehen wird. In welcher Sonderlage sich Japan
befindet, dafür gilt noch heute das Zeugnis eines
japanischen Autors, der zurzeit der Washingtoner Konferenz
schrieb: „Wenn die Sozialisten Europas und Amerikas ihre
Treue für den Internationalismus beschwören, denken sie
nur an Europa und Amerika, vergessen aber, daß es jenseits
des Ozeans von Millionen von Menschen wimmelt, die ein
weiteres Tätigkeitsfeld ersehnen. Wenn die Vertreter euro-
päischer und amerikanischer Gewerkschaften von der Brüder-
lichkeit der Arbeiter sprechen, denken sie nur an ihre Rasse.
Sie beschweren sich darüber, daß die japanischen Arbeiter
sich mit geringem Lohn begnügen, und übersehen, daß, wenn
die ungeheuren Massen Englands und Amerikas auf einem
so kleinen Archipel eingeschlossen wären, wie Japan es ist,
ihr Arbeitslohn kaum den heutigen Stand erreicht haben
würde. Wenn die Pazifisten Europas und Amerikas den
Weltfrieden predigen, denken sie anscheinend an die Aufrecht-
erhaltung des status quo im Verhältnis von Osten und
Westen, indem sie dem letzteren nicht nur erlauben, sich neue
Länder in allen Weltteilen anzueignen, sondern aus diesen
Ländern auch alle Angehörigen der farbigen Rassen zu ver-
drängen, deren Heimatländer nur die dürftigste Nahrung
herzugeben vermögen.“

Der europäische Sozialismus weiß sich insofern von
jener Anklage frei, als er die Methode des westeuropäischen
Imperialismus in Asien auf das entschiedenste
verwirft. Damit verkennt aber das japanisch-chinesische
Problem nichts von seiner Kompliziertheit. Gerade vom
Standpunkt des historischen Materialismus muß zugegeben
werden, daß einer der tiefsten Gründe der japanischen
Expansion in Asien die heimatische Ueberbevölkerung, die
Schließung der Vereinigten Staaten und der Dominions des
Britischen Weltreichs für die japanische Einwanderung, die
jährliche Zunahme der japanischen Bevölkerung fast um
eine Million Menschen und die naturgegebene Begrenzung
der landwirtschaftlichen Möglichkeiten der Inseln ist. Unter
diesen Umständen mußte es so kommen, wie der frühere Ge-
sandte Stolens in Peking, Sforza, es ausdrückte, daß die
japanische Ueberbevölkerung zu einem
chinesischen Problem wurde.

Mit dieser Kennzeichnung des japanischen Problems
wird aber dem japanischen Imperialismus und seinen
Methoden keineswegs das Wort geredet. Japans Nach-
tpolitik hat sich hinlänglich in der Aneignung Koreas, in dem
Ueberfall der russischen Flotte ohne jegliche Kriegserklärung,
in den berüchtigten „21 Forderungen“ an China im Januar
1915, in der Ueberredung Chinas zur Kriegserklärung an
Deutschland und der Aneignung Tsingtau dokumentiert.
Aber es muß doch zwischen einem mit militärischen Methoden
arbeitenden, aus Macht hunger empfindenden Imperia-
lismus und einer wirtschaftlichen Expansion
grundtätlich unterschieden werden, auch dort, wo diese
beiden Dinge, wie es gerade bei Japan der Fall ist, oft mit-
einander zusammenfließen. Diese Unterscheidung wird offen-
bar auch in Japan selbst gemacht: denn die zur Nach-
tpolitik hinneigende Partei des heutigen Kabinetts
Tanaka wird von der linksseitigen Opposition abgelehnt,
die, selbst vielfach aus Vertretern werktätiger Kreise be-
stehend, nur eine friedliche wirtschaftliche Expansion zu
billigen vermag.

Japan ist gezwungen, entweder Menschen zu exportieren
oder Rohstoffe zu importieren. Und gerade die Erfahrungen
in der Mandchurei, wo es ihm nach 20-jähriger Vor-
herrschaft alles in allem gelungen war, inmitten einer Be-
völkerung von 22 Millionen Chinesen ganze 200 000
Japaner heimisch zu machen, gerade diese Erfahrungen be-
einflusst die Entwicklung nach der Richtung hin, daß Japan
seine Bevölkerungskrise zunächst durch die Entwicklung der
eigenen Industrie wenigstens teilweise zu lösen versucht.
Es vermochte eben gegen die Konkurrenz des chinesischen
Arbeters, der fünfmal billiger arbeitet als der japanische,
sowie gegen die unaufhaltsame Vermehrung und Ein-
wanderung der Chinesen in der Mandchurei nicht aufzu-
kommen. Allein im Jahre 1927 wanderte dorthin eine Mil-
lion Chinesen ein. Aber zur Entwicklung der eigenen Indu-
strie braucht Japan die Rohstoffe, die es aus der Mand-
churei bezieht.

Hier in der Mandchurei liegt auch das wichtigste
Problem der bevorstehenden und unvermeidlichen inter-
nationalen Auseinandersetzung in und über China, die ja
durch Japans Erklärung, um jeden Preis den Zugang zur

Mißbrauch mit Leichen.

Die Opfer von München und der Dawesplan.

Mandschurei schützen zu wollen, nun eingeleitet ist. Wie eiferfüchtig Japan über seine dortigen Interessen wacht, zeigt seine Ablehnung des Vorschlages des amerikanischen Staatssekretärs Knox, der bereits 1910 angeregt hat, die Südmandschurei Bahn zu neutralisieren und diesen Betrieb einem internationalen Syndikat zu übertragen. Sicherlich haben ferner diejenigen recht, die auch in den berühmten „21 Forderungen“ Japans an China 1915 nicht nur Japans Streben nach Anerkennung seiner Sonderinteressen seitens Chinas, sondern namentlich in dem Teil, wo Japan von China die Annahme politischer, militärischer und finanzieller japanischer Berater verlangte, darüber hinaus das Anstreben einer Schutzherrschaft Japans über China erblicken, deren Absicht — der Ausschluß aller anderen Mächte aus der Betätigung in China war. Allein diese Absicht wurde durch die Washingtoner Konferenz 1922 vereitelt. Noch mehr: Das von England verlassene Japan sah sich gezwungen, den Beschlüssen dieser Konferenz sich anzuschließen. In der historisch-politischen Entwicklung des Fernen Ostens ist die Washingtoner Konferenz die logische Folge der Kündigung des anglo-japanischen Bündnisses seitens England (1921) und dessen Anschlusses an die Vereinigten Staaten. Japan sah sich einer angelsächsischen Einheitsfront gegenüber und mußte nachgeben. Aber in einem überaus wichtigen Punkte habe die Japaner auf der Washingtoner Konferenz gesteckt: Im Punkt 4 seines Programms für diese Konferenz sah Hughes die Möglichkeit der Revision aller früheren Abkommen der Mächte mit China in einer besonderen Kommission vor. Diesem Vorschlag leisteten die Japaner den hartnäckigsten Widerstand und erreichte es, daß Punkt 4 fallen gelassen wurde. Erst in der vorletzten Sitzung veränderte Hughes feierlich, daß Japan und China unter sich über die Räumung Schantung durch Japan sich geeinigt haben. Aber erst recht ist es klar, daß die Stellung Japans in der Mandschurei, die auf den Friedensvertrag von Portsmouth mit Rußland beruht, von der Konferenz nicht berührt wurde. Dadurch aber hat sich die Konferenz, die den Grundsatz der territorialen Einheit Chinas und namentlich das Prinzip der „offenen Tür“ für alle Mächte in China verkündete, von vornherein in einen inneren Widerspruch verwickelt.

Hier liegt auch der Grund jener auffälligen Haltung der Mächte, vor allem der angelsächsischen Mächte, Japan gegenüber, die die heutige Lage im Fernen Osten kennzeichnet. Die Vereinigten Staaten haben Japan bei Beginn der Besetzung Schantung auf deren Unvereinbarkeit mit den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz aufmerksam gemacht. Das ist alles. England verhält sich vollkommen passiv, vielleicht in der stillen Hoffnung, allmählich in die Stelle des von den Chinesen verhassten Japans im chinesischen Handel einzurücken. Allein nicht nur darin besteht der Grund der gegenwärtigen Haltung der in China ausschlaggebenden auswärtigen Mächte, sondern auch in jener Kompromittierung, die die anarchisierenden Methoden des lange einflußreich gewesenen russischen Bolschewismus in einen Teil der chinesischen Freiheitsbewegung hineingetragen haben. Erst vor einigen Tagen richtete Mac Murray, der Vertreter der Vereinigten Staaten, an die Kantingregierung eine Note, in der er auf die Ermordung zweier amerikanischer Missionare während der letzten Offensive der Nationalisten in Schantung hinweist, die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, im Notfall Truppen zum Schutz ihrer Staatsangehörigen zu entsenden betont und von Wiederholung solcher Vorfälle warnt! In solcher Lage erscheint Japan, die stärkste fremde Militärmacht in China, zugleich als Schutzmacht gegen die die Fremden bedrohende Anarchie.

Aber da nun Befehl in die Hände der chinesischen Nationalisten gefallen und die chinesische Einheit mit neuer Kraft entstanden ist, so ist damit sofort auch jener Komplex der internationalen Probleme um China akut geworden. Sicher ist ein Druck Chinas und aller anderen Mächte auf Japan wegen der Räumung Schantung zu erwarten, zu der es sich ja auch in Washington im Beginn der Besetzung selbst verpflichtet. Aber viel komplizierter liegt das Problem der Mandschurei, das die Kantingregierung nicht angeben will, sondern als Teil Chinas betrachtet. Denn Japan hat hier stärkere und vitalere Interessen als irgend eine auswärtige Macht zu verteidigen. Die Frage besteht hier für die internationale Politik im Fernen Osten ähnlich wie in Europa darin, an Stelle einer machtpolitischen Auseinandersetzung einen friedlichen wirtschaftlichen Weg zum Miteinanderleben zu finden.

Hoch zu Kopf.

Ein Denkmal für Wilhelm Doorn.

Glücklicherweise noch zur rechten Zeit ist einem Mitarbeiter des „Reichsboten“ eingefallen, daß unser verstorbenster Wilhelm im nächsten Jahr seinen siebzigsten Geburtstag feiern wird. An ein vorzeitiges Ende des Mannes infolge Scham, Kummer und Gewissensbisse glauben auch wir nicht.

Immerhin verdient Beachtung, welch reichhaltiges Festprogramm der „Reichsbote“ in petto hat. Daß die protestantische Kirche allenthalben Kirchenfeiern mit Fürbitte der Geistlichen für den Exaltierten stattfinden lassen wird, scheint ihm selbstverständlich. „Wetter“ nimmt er an.

„daß man ihn und der Feste feiern und Bankette (!!) begeht, daß Stahlpfeilerparaden stattfinden, daß Glückwunschkarten von Millionen einzelner und tausenden Vereinen nach Haus Doorn gelangt werden.“

Ein „volkstümliches Kaiserbüchlein“ (Mindestauflage 500 000 Stück) soll die Stimmung vorbereiten und durch ein „wissenschaftliches Kaiserbuch“ ergänzt werden. (Wir empfehlen eine neue Auflagenauflage von Emil Ludwigs.) Dann aber kommt der Clou der Sache: Der Verfasser fragt: „Ob auch eine Ehrenprobe zu sammeln wäre?“ Offenbar erscheint ihm Wilhelm's Abfindung noch nicht ausreichend. Sicherlich würden sich Kriegsverstümmelte, Inflationsopfer usw. darum reißen, ihre letzten Groschen auf dem Altar der Unerschütterlichkeit des kaiserlichen Multimillionärs zu opfern. Doch der Gedanke der zu sammelnden Arbeitslosenunterstützung wird zugunsten eines noch erhabeneren Projektes verworfen:

„Wir läge näher, zu empfehlen, die ersten Spenden für das zukünftige nationale Kaiserdenkmal zu sammeln. Die Republik wird keinen Grund und Boden dafür hergeben. Und nur dem neuen Palais in Potsdam wird man ihn nicht dulden, hoch zu Kopf, den Marschallstab in der Hand, den edeln Spruch der sozialistischen Hohepriester.“

Das hat gefehlt! Der Ausrufer vom 9. November hoch zu Kopf. Der unglückliche Schwäger mit dem Marschallstab in der Hand. Das Festschreiben an der Sache ist, daß die Lokalmotoren, die solche Bilder zusammenphantasieren, sich „Bund der Aufrechten“ nennen.

Das schwere Eisenbahnunglück im Münchener Hauptbahnhof wird von der Reichspresse benutzt, um einen Feldzug gegen den Dawes-Plan zu führen. Vom „Völkischen Beobachter“ des Herrn Hitler bis zum „Bayerischen Kurier“, dem Organ der Bayerischen Volkspartei, wird die Behauptung aufgestellt: der Vertrag von Versailles und der Dawes-Plan sind die Ursache des Münchener Unglücks.

Die Bayerische Volkspartei hat im bayerischen Landtag eine Anfrage über das Unglück eingebracht. In der Begründung heißt es, die Opfer der Eisenbahnunfälle seien tatsächlich Opfer der Reparationsgier der Siegerstaaten.

Diese Begründung läßt die Vermutung entstehen, daß die offenkundigen Mißstände bei der Reichsbahn — zu weitgehender Abbau des Personals, Ueberanstrengung der Beamten — die auf den Geist rücksichtslosen Unternehmertums in der Leitung zurückzuführen sind, hinter einer demagogisch-nationalistischen Phrase verborgen werden sollen. Es ist die beliebte Methode jener Unternehmerrdemagogie, die unsoziale Gesinnung und Scharfmachertum mit der Reparationsverpflichtung bemantelt.

Die Behauptung, daß die Reparationsverpflichtungen es der Reichsbahn unmöglich machen, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze des reisenden Publikums zu treffen, wird widerlegt durch die Begründung, mit der das Kabinett Marx, in dem auch die Bayerische Volkspartei vertreten war, die Forderung der Reichsbahn nach Tarifierhöhungen abgelehnt hat.

Angeichts dieser Tatsache ist diese politische Ausnutzung des Unglücks von München keine geeignete Begründung für eine Forderung nach Revision des Dawes-Planes, ihre plumpe Demagogie wird eher schädlich als nützlich wirken. Man ist diese Demagogie bei den Deutschnationalen und den Leuten um Hitler gewohnt — das aber die Bayerische Volkspartei sich daran beteiligt, ist angeichts der Tatsache, daß sie in der Reichsregierung vertreten ist, ein Skandal. Wir glauben gern, daß die Bayerische Volkspartei sich hüten wird, eine ähnliche Anfrage mit gleicher Begründung im Reichstage einzubringen — um so stärker tritt hervor, daß es sich bei dieser Anfrage im bayerischen Landtag nur um einen Wettlauf mit den Deutschnationalen und den Leuten um Hitler in plump nationalstiftischer Demagogie handelt.

Diese Demagogie, die die Leichen der Opfer für ihre Zwecke mißbraucht, ist nicht nur plump, sondern unglaublich geschmacklos.

Der Reichsverkehrsminister greift ein.

Amlich wird mitgeteilt: Der schwere Eisenbahnunfall auf dem Hauptbahnhof München am 15. d. M. hat dem Reichsverkehrs-

minister Aufschuß gegeben, sich sofort mit dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ins Benehmen zu setzen, um die in Frage kommenden Verhältnisse vollständig zu klären und um über die etwa erforderlichen Maßnahmen Übereinstimmung zu erzielen.

Den Hinterbliebenen der bei dem Unfall Getöteten sowie den Verwundeten hat der Reichsverkehrsminister sein aufrichtigstes Beileid und seine besten Wünsche für Genesung durch seinen Kommissar übermitteln lassen.

Schwere Anklagen gegen Reichsbahnoberbeamte.

Der Einheitsverband der Eisenbahner, Bezirk Südbayern, hat sich am Mittwoch unter Prüfung der Frage nach den wahren Schuldigen der jüngsten Münchener Eisenbahnkatastrophe in einer öffentlichen Kundgebung gegen die fortwährende Haft der drei Stellwerksbeamten gewandt.

Als die wirklich Schuldigen bezeichnet er den Vorstand des Betriebsamtes München I, Reichsbahnoberamt Will, den Inspektor Gögler und den Rangieraufsichtsbeamten, Reichsbahnoberinspektor Feller. Betriebsamtsvorstand Will habe sich bisher grundsätzlich jeder von der Personalvertretung geforderten vernünftigen Personalvermehrung widersetzt. Schon seit dem Jahre 1923 — so heißt es wörtlich — wurde dieser Beamte immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, das Rangier- und Stellwerkpersonal sei zu gering, um die Dienstvorschriften einzuhalten. Er erwiderte aber stets: „Wer nur nach den Vorschriften arbeitet, treibt Sabotage und wird bestraft.“ Tatsächlich ist auch unter dem Hauptbahnhofpersonal längst bekannt, daß die Vorschriften nicht eingehalten werden können, weil sonst der ganze Verkehr stehen würde.

Die Schuld Göglers wird darin gesehen, daß er diese Einstellung seines Vorgesetzten stets mitgedeckt hat. Die schärfsten Angriffe aber werden gegen den Verantwortlichen im Rangierdienst, Oberinspektor Feller, erhoben, der nach der Ansicht des Personals zu den schärfsten Personalauswüchern gehört. Die zwei verhafteten Stellwerksbeamten hätten für den Unglücksanfall einen dritten Mann angefordert. Feller lehnte das grundsätzlich ab, indem er sagte, es müsse auch so gehen. Nach dem Unglück äußerte er sich, daß er das faulste Rangierpersonal habe, benahm sich aber selbst derart kopflos, daß er nach persönlicher Snaugenscheinnahme der Unglücksstätte jede Anweisung, so sogar die Verständigung der Fahrdienstleiter unterließ. Dadurch kam es, daß die Sanitätskolonnen und die Feuerwehre viel zu spät verständigt wurden.

Monarchisten ohne Monarch.

Wo ist der Präsident?

Die unentwegten Monarchisten im deutschnationalen Lager, bei den Völkisch-Konservativen und den Deutschvölkischen sind einzig in Entrüstung gegen Herrn Lambach — gespalten aber, wenn es um die Frage geht, wen sie als Thronpräsidenten anerkennen sollen.

Wilhelm II? An den denken selbst die Unentwegten nicht mehr. Sein ältester Sohn, der Extronprinz? Von dem wollen wieder die Deutschvölkischen nichts wissen, Grund Verjudung. Man liest in der „Medienburger Warte“:

„Unser Kaiserthum zerbrach an fremden Einflüssen. Es mangelte der rassistisch bewußte Scherbild der Verantwortlichen. Und doch wieder Monarchie? Ja, aber die „völkische Monarchie“! Der urdeutsche Herzogsgedanke soll Laterchengedanke werden, mit seinen Palastinnen soll er einziehen durch das Brandenburger Tor, und die Weltgeschichte soll ihren verlorbenen Sinn wiedergewinnen! Ein Fürstenthum, dem der Jude als Wirtswasser seiner Denkwürdigkeit die Feder fährt, hat die geistige Niederlage des Deutschtums im verlorenen Weltkriege noch nicht erkannt und sieht noch fern der völkischen Erkenntnis.“

Der also auch nicht. Also wer? Wertwürdige Leute, diese Monarchisten ohne Präsidenten!

„Poffe.“

Nationale Befudlung der Reichsflagge.

In Hoya bei Bremen wurde die aus Aufschuß eines Schützenfestes vom Magistrat gehöht schwarztrotgoldene Flagge von unbekanntem Täter nachts heruntergeholt und verbrannt. Darauf forderte der Landrat des Kreises die Mitglieder des Schützenkorps auf, am nächsten Tag auf dem Marktplatz anzutreten und bei der Reuhilfung der Reichsflagge dieselbe eine Ehrenbezeugung zu erweisen. Der Schützenverein kam dieser Aufforderung nach und die Ehrung der Reichsflagge ging unter Zustimmung der Anteilnahme einer großen Menschenmenge vor sich.

Die „Deutsche Zeitung“, die über den Vorfall berichtet, hat die Stimm, von einer „landräthlich angeordneten Poffe“ zu schreiben. Selbstverständlich findet sie für das nächste Heft kein Wort der Verurteilung. Dagegen lamentiert sie von einem „Gehlerbut“, vor dem freie Bürger jetzt das Haupt zu beugen gezwungen seien. Die Schändung der Nationalflagge zu beschwören, über die Wiedergutmachung der Schändung zu leisten, das ist der Gipfel echt „nationaler“ Gesinnung!

Bayerische Koalitionsnöte.

Neue Grundlage für die Regierungsverhandlungen.

München, 18. Juli.

Die Verhandlungen über die Koalitionsabteilung sind heute auf der Grundlage einer Ministerialverfassungsreform mit Besprechungen der Unterhändler der früheren Koalitionsparteien wieder eröffnet worden. Wie bekannt wird, gehen die Vorschläge der Bayerischen Volkspartei dahin, die drei jungen sogenannten Revolutionsministerien, also das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium und das Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, aufzuheben und die Geschäftsbereiche dieser Ministerien organisch in die fünf alten

Ministerien einzugliedern, oder ein neues Wirtschaftsministerium zu bilden.

Eine Entscheidung konnte noch nicht fallen, da nunmehr erst die Fraktion der Deutschnationalen und des Bayerischen Bauernbundes Stellung zu den Vorschlägen der Bayerischen Volkspartei nehmen müssen.

Die Reichseinnahmen im Juni.

Normale Entwicklung.

In Steuern, Zöllen und Abgaben sind im Monat Juni 1928 insgesamt 586,2 Millionen Mark aufkommen, und zwar 344,8 Millionen Mark bei den Besitz- und Verkehrssteuern und 211,4 Millionen Mark bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer war im Juni um 17,4 Millionen Mark, aus der Körperschaftsteuer um 5,6 Millionen Mark und aus der Umsatzsteuer um 13,7 Millionen Mark geringer als im Mai. Das ist darauf zurückzuführen, daß im Mai noch größere Beträge auf den vierteljährlichen Vorauszahlungstermin vom 10. April eingegangen waren. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer sind naturgemäß im Juni geringer als im Mai, und zwar um 58,9 Millionen Mark, weil am 15. Mai ein Zahlungstermin für diese Steuer war, der im Juni fehlt.

An Lohnsteuer sind im Juni 6,9 Millionen Mark mehr als im Mai, nämlich 124,9 Millionen Mark, aufkommen, eine Folge des Rückgangs der Erstattungen für 1927 und der Besserung auf dem Arbeitsmarkt in dieser Jahreszeit.

Beim Steuerabzug vom Kapitalertrag übersteigt die Einnahme im Juni infolge der Dividendenauszahlungen zahlreicher Gesellschaften diejenige des Mai um 6 Millionen Mark. Die Einnahmen der übrigen Besitz- und Verkehrssteuern weisen im Juni gegenüber dem Aufkommen im Mai nur geringe Abweichungen auf.

Die Einnahmen aus den Zöllen sind gegen den Monat Mai um 5,6 Millionen Mark gestiegen. Bei der Tabaksteuer sind dagegen 19,3 Millionen Mark weniger als im Mai aufkommen, weil im Mai die Bezahlung der im zweiten Märzhälfte entnommenen Steuerzeichen zu erfolgen hatte und die Entnahme von Steuerzeichen zu dieser Zeit infolge Umstellung auf die geordnete Neuregelung der Zahlungsfristen für die Tabaksteuer besonders lebhafte gewesen war. Die übrigen Verbrauchsabgaben zeigen gegenüber dem Mai nur unwesentliche Schwankungen.

Der Gesamtveranschlagung von 886,2 Millionen Mark im Reichshaushaltsplan stehen an Einnahmen im ersten Vierteljahr 2087,7 Millionen Mark gegenüber. Ein Viertel des Jahresbills ist also wie üblich im ersten Vierteljahr nicht erreicht worden, weil die Zahlungstermine für die Abschlußzahlungen der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer sowie für die Abrechnungen der Zolllager in die späteren Vierteljahre fallen.

Tatsächliche Lage auf der Presse. In dem unter dieser Ueberschrift in unserer gestrigen Morgenblatt erschienenen Artikel muß der letzte Satz des ersten Absatzes richtig lauten: „Es versteht sich, daß man hier nicht das geringste erfährt, von der Bernichtung der Pressefreiheit, von der Beförderung zahlreicher Redaktionen der sozialdemokratischen, liberalen und katholischen Blätter, nichts von den Ermordungen, Befolgungen und Verbannungen, die der nichtstaatliche italienische Journalismus auf sich nehmen mußte.“

Macdonald und Agnes sind wieder zu Vorfinden und stellvertretenden Vorsitzenden der parlamentarischen Arbeiterpartei gewählt worden.

Der alternde Reichstag.

Wahleinfluß der Nachkriegsgeneration.

In dem Mitteilungsblatt der amtlichen Reichszentrale für Heimathilfe wird statistisches Material über das Alter der Gewählten und der Wähler veröffentlicht.

Die meisten Abgeordneten (106) stehen wiederum im Alter von 45 bis 50 Jahren. Ebenfalls ist die Anzahl derer, die über 50 Jahre alt sind, bedeutend größer als die derer, die unter 45 Jahre alt sind. Das Alter von 77 Abgeordneten liegt zwischen 25 und 40 Jahren, von 255 Abgeordneten zwischen 25 und 50 Jahren, von 237 über 50 Jahren. Am Ende der Legislaturperiode, normalerweise also im Jahre 1932, würde das Bild folgendermaßen aussehen: 89 Abgeordnete zwischen 25 und 40 Jahren, 160 Abgeordnete zwischen 25 und 50 Jahren und 350 Abgeordnete über 50 Jahren.

Gegenüber den vorliegenden und letzten Wahlen ist ein mehrfaches „Altern“ des Reichstages festzustellen, und zwar ist das Durchschnittsalter für alle Abgeordneten von 47 Jahren und 10 Monaten bzw. 48,8 Jahren auf 49,8 Jahre, also um etwa zwei, bzw. ein Jahr gestiegen. Das Durchschnittsalter der männlichen Abgeordneten ist gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 um elf Monate und der weiblicher um 30 Monate gestiegen. Für die einzelnen Parteien zeigen sich gegenüber den letzten Wahlen stärkere Veränderungen, als in der allgemeinen Durchschnittseränderung zum Ausdruck kommen. In der letzten Wahlperiode war das Zentrum von den größeren Parteien die „älteste“ Partei. An seine Stelle ist jetzt die Deutsche Volkspartei getreten. Insbesondere ist ein starkes „Alterwerden“ der Deutschnationalen festzustellen, die bei den Wahlen vom Mai 1928 den Hauptverlust erlitten. Dies zeigt, daß der Mandatsverlust hauptsächlich jüngere Abgeordnete betrafen hat. Neberhaupt ist durchweg bei allen Parteien festzustellen, daß die jüngeren Abgeordneten auf den gefährdetsten Stellen der Listen stehen.

Die Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen wählen noch schlechter als die Sechzig- bis Fünfundsechzigjährigen. Die Gruppe der Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen, die fast nur Erstmähler und die erste Nachkriegsgeneration umfaßt, hat die Stimmen für 72 Abgeordnete aufgebracht. Sie hat also einen Einfluß ausgeübt, der etwa die Stärke der Deutschnationalen Partei gleichkommt. Ihre Stärke war weiterhin ebenso groß wie die der Fünfzig- bis Fünfundfünfzig- und der Fünfundfünfzig- bis Sechzigjährigen zusammen. Bei der nächsten Wahl im Jahre 1932 werden ein Drittel bis ein Drittel aller Mandate (30 Proz.) durch ihre Stimme hervorgerufen werden. Die Gruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen umfaßt 28,1 Proz. 137 Mandate fallen auf die von ihnen abgegebenen Stimmen, also eine Zahl, die fast der Größe der stärksten Reichstagsfraktion gleichkommt. Diese Altersgruppe umfaßt die Jahrgänge von 1899 bis 1908, also im wesentlichen von den männlichen Wählern diejenigen, die nicht mehr zum Heeresdienst eingezogen worden sind.

Die Antworten auf den Kellogg-Pakt.

Wird Rußland auch befragt werden?

Am Mittwoch ist die englische Antwort auf den amerikanischen Kriegsgerichtsbescheid überreicht worden. Chamberlain leitete im Unterhaus nähere Mitteilungen ab.

Belgien und Polen haben ähnliche Antworten wie Frankreich erteilt.

Die Antwort der Tschechoslowakei wird am Freitag erfolgen. Amerikanische Blätter behaupten, daß die Washingtoner Regierung ein Mittel ermittle, um Samojet-Rußland am Antikriegspakt zu beteiligen.

England und der Giftgaskrieg.

London, 18. Juli.

Chamberlain teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß in dem am 17. unterzeichneten Protokoll, das die Verwendung von Giftgasen im Kriege verbietet, sei bisher nur von sechs Staaten — Großbritannien nicht eingeschlossen — ratifiziert worden. Die britische Regierung sei nicht bereit, das Protokoll zu ratifizieren, wenn nicht auch die anderen Unterzeichner bereit sind, dasselbe zu tun.

Bedeutungsvoller Schritt Polens.

Grenzsicherungsverordnung und Handelsvertrag.

Warschau, 18. Juli. (Eigenbericht.)

In Anbetracht an die am Dienstag erfolgte Festsetzung des Termins für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat Polen der deutschen Regierung am Mittwoch eine offizielle Erklärung übergeben, in welcher die Grenzschutzverordnung, die bisher ein starkes Hindernis für die Aufnahme der Verhandlungen bildete, als eine Maßnahme allgemeinen Verwaltungstechnischen Charakters hingestellt wird, die in keiner Weise gegen die Angehörigen irgendeines Staates, also auch nicht gegen die Angehörigen Deutschlands, gerichtet sei. Die Grenzschutzverordnung werde, so heißt es in der Erklärung weiter, auch in diesem Sinne gehandhabt werden.

Von zuständiger Seite erfahren wir zu der Erklärung der polnischen Regierung über die Auslegung der Grenzschutzverordnung:

„Die von polnischer Seite gegebenen Zusicherungen sind von erheblicher Bedeutung. Denn wie man auch immer über die Grenzschutzverordnung und ihre Bestimmungen denken mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die amtliche polnische Erklärung die polnische Regierung jede Möglichkeit ausschließt, etwa einseitig die Bestimmungen der Grenzschutzverordnung gegen deutsche Reichsangehörige anzuwenden. Im übrigen wird es Aufgabe der deutschen Unterhändler sein, bei den Verhandlungen über das Niederlassungsrecht Garantien zu schaffen, daß die Versprechungen der polnischen Regierung auch in die Tat umgesetzt werden.“

Ratifiziert nach anderthalb Jahren.

Der Schiedsvertrag mit Italien.

Rom, 17. Juli.

Mussolini und der deutsche Botschafter v. Neurath tauschen gestern die Ratifikationen zu dem am 28. Dezember 1926 in Rom unterzeichneten deutsch-italienischen Ausgleichs- und Schiedsvertrag aus.

Gelehrtenkonferenz bei Wilhelm.

Wilhelm veranstaltete eine „Gelehrtenkonferenz“ in Doorn, bei der natürlich ER den Gelehrten einen Vortrag hielt.



„Und nunmehr werde Ich die Wissenschaft herrlichen Zeiten entgegenführen.“

Der Kongreß von Moskau.

6. Weltkongreß der kommunistischen Internationale.

Moskau, 18. Juli.

Der Kongreß der kommunistischen Internationale wählte in das Präsidium des Kongresses: Stalin, Bucharin, Kamenew, Klara Zetkin, Cechin u. a. Der Kongreß begrüßte Stalin bei seinem Erscheinen auf der Rednertribüne stürmisch und hinderte ihn minutenlang am Sprechen. Auf dem Kongreß fehlte die Trotski-Opposition vollständig. Bucharin widmete seine Rede der weltrevolutionären Bewegung.

Die Vollversammlung nahm eine umfangreiche Tagesordnung an, die einen Bericht des Volkskongresses der kommunistischen Internationale, einen politischen Lagebericht und eine Behandlung der kolonialen und chinesischen Frage umfaßt. Im Programm der kommunistischen Internationale soll der „Kampf über die Heranziehung der Bauernmassen zur revolutionären Bewegung“ erheblich erweitert werden.

Kommissar Semaschtskos Selbstkritik.

Was er darunter versteht.

Die „Selbstkritik“ treibt in Sowjetrußland eigentümliche Blüten. Während die führenden Kommunisten sich die Köpfe hoch distanzieren, wie kritisiert werden soll, während die einen von dieser Selbstkritik die schlimmsten Folgen befürchten, die anderen dagegen in ihr das einzige Sicherheitsmittel gegen die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft sehen, berichtet die Moskauer Arbeiterzeitung von einer eigenartigen Auffassung des Volkskommissars des Gesundheitswesens Semaschtsko über die Kritik, die die Revisionskommission an seiner Tätigkeit geübt hat. Die Revisionskommission hatte nämlich fest-

gestellt, daß in bezug auf Wirtschaft und Genossenschaft im Kommissariat für Gesundheitswesen das Hauptverfehlungsgebiet, nämlich die Badeverwaltung, an der Spitze marschiere. Diese Abteilung weist alljährlich ein ungeheures Defizit auf. Während aber das Personal um 55 Proz. gestiegen ist, hat die Zahl der Badegäste nur 25 Proz. zugenommen. Die Summe der aussichtslosen Schulden macht eine Million Mark aus. Ein ähnliches Bild bieten auch die anderen Abteilungen des Volkskommissariats für Gesundheitswesen. Semaschtsko war das alles nicht unbekannt: Wenn die Revisionskommission ihm davon Mitteilung machte, hieß es nur immer: „In Zukunft soll das nicht mehr vorkommen.“ Obgleich er somit selbst die Schuld an all den Mißständen trägt, hat er nach dem letzten Vortrag der Revisionskommission kurzerhand deren Auflösung angeordnet. Die Arbeiterzeitung geißelt in scharfsten Ausdrücken eine derartige Handlungsweise des Volkskommissars für Gesundheitswesen.

Wirtschaftsspionage in Rußland.

Ein Deutscher zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Riga, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Der deutsche Staatsangehörige Barth, der sich in den letzten Tagen wegen wirtschaftlicher Spionage und Konterespionage vor dem obersten russischen Gericht zu verantworten hatte, wurde am Mittwoch zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Von dieser Strafe soll er ein Jahr abbüßen. Die gleichzeitig angeklagten Betreuer zweier schweizerischer Firmen wurden zu acht Jahren mit strenger Einzelhaft verurteilt.

Der Hochverrat des Obersten Wolff.

Vom Schwurgericht bejaht.

Wien, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Vor den Wiener Geschworenen hatte sich am Dienstag und Mittwoch der monarchistisch ehemalige Oberst Wolff wegen eines Verbrechens des Hochverrats zu verantworten. Wolff hatte an die ungarische Gesandtschaft die Aufforderung gerichtet, wegen der Richtauslieferung Bela Kuns gegen Oesterreich vorzugehen. Außerdem hatte er hochverräterische Flugblätter gegen Oesterreich verbreitet und in Reden gegen die Republik gehandelt. Ursprünglich nahm die Deffektivität Wolff nicht ernst. Er wollte aber offenbar „Märtyrer“ werden und machte deshalb von sich aus der Deffektivität von seinem Brief an die ungarische Gesandtschaft Mitteilung. Trotzdem war die Deffektivität erkaunt, daß die Staatsanwaltschaft ihn anklagte. Immerhin erwartete man, daß ihn letzten Endes wenigstens die Geschworenen nicht ernst nehmen und die Zufahrtfrage auf Sinnverwirrung beschränken würden. Trotzdem wurde die Hauptfrage auf Hochverrat mit 11 Stimmen bejaht. Die Frage auf Sinnverwirrung wurde dagegen mit 9 gegen 3 Stimmen verneint.

Das Urteil des Gerichtshofs lautet auf 1 Jahr Kerker, verschärft durch einen Hafttag alle 3 Monate. Wolff hat die Strafe angenommen, wurde aber mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auf freiem Fuß belassen.

Französische Budgetnöte.

6,5 Milliarden Mehrausgaben. — Keine Mehreinnahmen.

Paris, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Zusammenfassung des diesjährigen französischen Budgets bereitet die größten Schwierigkeiten. Während am Vorjahre 33,5 Milliarden angefordert wurden, weist der diesjährige Haushaltsplan bereits 40 Milliarden auf. Dabei können die Steuereinnahmen nicht erhöht werden, weil die Steuerkraft erschöpft ist und die Regierung bereits Erleichterungen zugelassen hat.

Poincaré hat nun die schwere Aufgabe, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und die Ausgaben nach Möglichkeit zu beschränken. Dreiviertel der nötigen Kredite dienen der Abtragung des Zinsdienstes der inneren und äußeren Schuld. Das letzte Viertel ist für die allgemeinen Unkosten der Verwaltung berechnet, die ständig steigen. Zunächst werden für die Durchführung einer Reihe von Reformen erhebliche Summen benötigt. So kostet der Staat gemäß dem Wohnungsbaugesetz im nächsten Jahre 150 Millionen Bauzuschüsse und 25 Millionen Zinszuschüsse. Der Festungsbau an der französisch-italienischen Grenze er-

fordert allein etwa eine halbe Milliarde Franken. Außerdem sind für die Erhöhung der Beamtengehälter beträchtliche Summen notwendig.

Der verschwundene Kriegsminister.

Mysteriöse Vorgänge in Bulgarien.

Sofia, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Innerhalb der bulgarischen Regierung spielen sich zurzeit mehr oder weniger mysteriöse Dinge ab. Der Kriegsminister Bolidoff, der vor zwei Wochen die über seinen angeblich bevorstehenden Rücktritt umlaufenden Gerüchte als „gemeine Intrigen“ bezeichnet, ist plötzlich spurlos verschwunden. Er hat vor wenigen Tagen einen zweimonatigen Urlaub angetreten und sich mit unbekanntem Ziel ins Ausland begeben. Niemand weiß, wo er sich aufhält. Regierungsabgeordnete wollen wissen, daß das Abschiedsgesuch bereits schriftlich vorliegt. Als Nachfolger wird der Chef des Generalstabes General Bafardjeff genannt.

Ueber die Gründe der „Flucht“ Bolidoffs kursieren verschiedene Vermutungen. Die einen wollen von Korruptionsaffären und persönlichen Skandalgeschichten mit Frauen wissen. Andere sprechen von Streitigkeiten zwischen dem Kriegsminister und den übrigen Kabinettsmitgliedern über den neuen außenpolitischen Kurs der Regierung, der angeblich eine Verständigung mit Südslawen anstrebt, um die Anleihe unter Dach zu bringen. Die Makedonier, die jeder Annäherung mit Belgrad entgegenarbeiten, sollen in Bolidoff einen Mittelmann im Kabinett gehabt haben, dem enge Verbindungen mit den makedonischen Bandenführern nachgesagt werden.

Die makedonischen Bluttaten.

Sofia, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Mutter und Schwester des 1924 ermordeten früheren makedonischen Bandenchefs Todor Alexandroffs haben den Zeitungen in Sofia ein Schreiben zugesandt, aus dem hervorgeht, daß der in der Vorwoche getötete General Protogeroff der Mörder Alexandroffs gewesen ist. Das Schreiben ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Die Gerüchte von weiteren Morden in den makedonischen Grenzbezirken haben sich bisher nicht bestätigt.

Köpf-Justiz in China.

40 Hinrichtungen in einer Stadt.

Shanghai, 18. Juli.

In Swatow verhaftete die Polizei 60 Personen wegen „kommunistischer Umtriebe“. Von den Häftlingen wurden 40 hingerichtet.

Konflikt bei den Pukern.

Durch einen selbstherrlichen Bauführer provoziert.

Einzelnen Berliner Bauunternehmern scheint es auf die Dauer nicht zu behagen, wenn auf ihren Baustellen keine Konflikte entstehen. Wenn sie gerade keinen größeren Streit mit ihren Belegschaften haben, entfachen sie einmal zur Abwechslung einen Konflikt mit der Organisation. Anders kann man sich das Vorgehen der Firma Boswau u. Knauer nicht erklären, die durch die Behandlung eines Vertreters des Bauwerksbundes eine Erregung in die organisierten Berliner Puker getragen hat, die jeden Tag zu einem offenen Konflikt im gesamten Berliner Bauwesen führen kann. Die Vorgeschichte dieses Konfliktes ist kurz folgende:

Auf der Baustelle der Firma Boswau u. Knauer in der Capriolallee war am 5. Juli der Fachgruppenleiter der Puker Lehning erschienen, um aus dem Arbeitsvertrag entstandene Differenzen beizulegen. Der Bauführer Teste ließ den Organisationsvertreter gar nicht zu Worte kommen und antwortete ihm kurz und bündig, daß er mit ihm nichts zu reden habe. Der Organisationsvertreter erwiderte darauf, daß so stolz ja nicht einmal der Herr Direktor des Bauwerks sei, und, nachdem ihn der Bauführer ganz erdost angefaucht hatte, sagte er: „Solchen bornierten Herrn habe ich noch nicht angetroffen.“ Hierauf forderte ihn der Bauführer auf, die Baustelle sofort zu verlassen. Damit nicht genug, wandte sich die Firma an den Verband der Baugeschäfte Berlins und dieser wieder in einem Schreiben an den Bauwerksbund, worin der Organisation mitgeteilt wurde, daß die Firma Boswau u. Knauer dem Fachgruppenleiter Lehning für die Zukunft das Betreten ihrer sämtlichen Baustellen verbiete.

Der Vorsitzende der Bauwerkschaft Berlin blieb dem Verband der Baugeschäfte die Antwort nicht schuldig und teilte ihm u. a. mit, daß die Organisation nach wie vor den Fachgruppenleiter Lehning auf die Baustellen schicken werde, weil sie keinen anderen Vertreter dafür habe und nach ihrer Auffassung Lehning auch die notwendigen Umgangsformen besitze. Im übrigen sei es auch den Bauunternehmern bekannt, daß auf den Baustellen nicht der Ton herrsche wie in einem Mädchenpensionat und daß das voraussichtlich auch längere Zeit noch so bleiben werde. Für die Folgen, die sich aus einem eventuellen Verweilen des Fachgruppenleiters von den Baustellen ergeben sollten, lehne der Bauwerksbund die Verantwortung ab.

Am Dienstag abend nahmen nun die organisierten Berliner Puker in einer von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung im Saalbau Friedrichshain zu diesen Vorgängen Stellung. Die Versammelten waren über die Behandlung ihres Fachgruppenleiters sehr entrüstet und brachten in der Aussprache klar zum Ausdruck, daß sie nicht daran denken, diese skandalöse Behandlung ohne Protest hinzunehmen. Nur mit großer Mühe gelang es dem Fachgruppenleiter Lehning, die Versammelten davon abzuhalten, am Mittwoch sofort geschlossen die Arbeit auf sämtlichen Berliner Baustellen niederzulegen. Einstimmig angenommen wurde zum Schluß der Versammlung folgende Entschließung:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Fachgruppe der Puker des BGB. am 17. Juli im Saalbau Friedrichshain nimmt mit Entrüstung von dem Schreiben des Verbandes der Bau-

geschäfte Berlins E. B. vom 7. Juli 1928 Kenntnis. Die Versammlung lehnt es ganz entschieden ab, sich dem Diktat der Unternehmer zu fügen und beschließt:

Der Fachgruppenleiter, Kollege Lehning, besitz nach wie vor unser Vertrauen; er ist ferner beauftragt, nach wie vor unsere Interessen auf den einzelnen Baustellen zu vertreten. Sollte dem Kollegen Lehning von irgend einer Firma oder einem Vertreter derselben das Betreten einer Baustelle verweigert werden, so sind die betreffenden Kollegen verpflichtet, die Arbeit sofort niederzulegen. Die hieraus entstehenden Folgen hat die betreffende Firma zu tragen.

Es liegt nunmehr nicht allein an der Firma Boswau u. Knauer, sondern an dem Verband der Baugeschäfte Berlins, durch die Zurücknahme des gegen die Organisation gerichteten Beschlusses den Konflikt beizulegen. Der Firma Boswau u. Knauer jedoch kann nur dringend geraten werden, ihre Bauführer dahin zu instruieren, mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft in einem anderen als dem schnarrenden Kafertenhofen umzugehen.

Die „sensationelle Mitteilung“.

Am gestrigen Mittwoch brachte ein in Berlin erscheinendes Blatt „Die sensationelle Mitteilung“, daß 50 Studenten der Technischen Hochschule, die der Technischen Hochschule als Mitglieder angehört, in der früheren Matkafaserne untergebracht seien. In den Siemens-Werken sollen sie einen Kursus mitmachen, um zu einer Streikbrechergarde ausgebildet zu werden.

Die „dunklen Vorgänge in der Matkafaserne“, von denen das sensationelle Blatt, „Die rote Fahne“, berichtet, bestehen darin, daß tatsächlich 50 Studenten dort nachts im Dunkeln schlafen. Sie kamen von der Technischen Hochschule — aus Darmstadt, um die größeren Betriebe in Berlin zu besichtigen. Es ist weder „ganz klar“ noch richtig, daß es sich hierbei um die Ausbildung einer Streikbrechergarde handelt. Das ist vielmehr ganz falsch. Rein vernünftiger Mensch wird diesen Studenten das Freiquartier in der Schupfaserne mißgönnen und es wird sie auch niemand darum beneiden.

Gewiß, Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, doch darf sie selbst in der Zeit der sauren Gurke nicht zu solch „sensationellen Mitteilungen“ mißbraucht werden.

Preisrüssel der Schokoladenfabrikanten.

Wie zieht man nicht gemachte Zugeständnisse zurück?

Die im Verlauf der letzten Woche zwischen Vertretern des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und dem Deutschen Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckerindustrie (Dazu) geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Reichstaris sind gescheitert. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hatte den mit Wirkung vom 1. September 1926 auf zwei Jahre geschlossenen Reichstaris gekündigt, um mehrere dem Tarif anhaftende Mängel zu beseitigen und vor allem die bisherige zentrale Lohnregelung durch eine bezirkliche zu ersetzen. Die vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter eingereichten Forderungen lehnte der Arbeitgeberverband

jedoch als undiskutabel ab. Er unterbreitete gleichzeitig Gegenanschläge, die eine Verschlechterung der wesentlichen Tarifbestimmungen zum Ziele hatten. Außerdem verlangte der Arbeitgeberverband Tarifschiedsgerichtsbestimmungen nach § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes, d. h. also, die Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes außer Kraft zu setzen. Die Vertreter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wandten sich selbstverständlich gegen diese geplanten Verschlechterungen und verließen, in langwierigen Verhandlungen eine brauchbare Grundlage für eine Verständigung zu schaffen. Am sechsten Verhandlungstag übergaben die Vertreter des Arbeitgeberverbandes den Arbeitervertretern folgende schriftliche Mitteilung:

„Die Arbeitgeberkommission ist im Laufe der Verhandlungen weit über die ihr notwendig erscheinenden Grenzen hinausgegangen. Sie bedauert, nicht in der Lage zu sein, ein weiteres zu tun und stellt fest, daß die Kommissionsverhandlungen damit als gescheitert anzusehen sind.“

Die von ihr bis jetzt gemachten Zugeständnisse gelten damit als zurückgezogen. Die Kommission wird dem Vorstand des Dabu Bericht erstatten und erklärt, daß der Dabu grundsätzlich bereit ist, nach wie vor an der Schaffung eines neuen Vertrages mitzuarbeiten.“

In Wirklichkeit haben die Unternehmer gar nicht daran gedacht, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die Folgen ihrer „revolutionären“ Haltung haben sie sich schließlich selbst zuzuschreiben.“

Kongress der englischen Bergarbeiter.

Kommunistische Kämpfer.

Am Dienstag wurde in London der diesjährige Kongress des englischen Bergarbeiterverbandes eröffnet. Die Tagung wird sich mit einer ganzen Reihe wichtiger Fragen zu beschäftigen haben. In seiner Eröffnungsansprache wies der Präsident darauf hin, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe eines Jahres von 785 000 auf 825 000 gestiegen ist.

Die kommunistischen Bergarbeiterbelegierten von Banarshire (Schottland), die von dem Bergarbeiterkongress ausgeschlossen wurden, haben sowohl am Dienstag, wie am Mittwoch versucht, die Verhandlungen zu stören. Am Dienstag blieben diese Versuche ohne Erfolg, während es am Mittwoch zu einem schweren Zwischenfall kam. Als zwei der Delegierten bei der Eröffnung der Sitzung in den Saal eindringen wollten, wurden sie von dem Präsidenten des Kongresses auf die Galerie verwiesen. Von dort aus begann der Sekretär des konstituierten Bezirksverbandes von Banarshire eine Rede zu halten. Der wiederholten Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, leistete er nicht Folge, so daß sich Smith persönlich auf die Galerie begab, um den Aufstörer hinauszujagen. Dabei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf der 66jährige Herbert Smith, von einigen seiner Anhänger unterstützt, erfolgreich blieb. Der kommunistische Delegierte Arthur Horner, angeblich Leichtgewichtsmeister von Süd-Wales, wurde ziemlich übel zugerichtet.

Der Kongress wird sich am Donnerstag nachmittags mit dem schottischen Problem und den Forderungen der Delegation von Banarshire in geheimer Sitzung befassen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Die englische Arbeitslosenzahl ist in der letzten Woche um 25 000 gestiegen. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Arbeitslosen in England 1 242 000.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelböfer; Gemeindefortschritt: H. Götter; Verwaltung: R. J. Böcher; Volantes und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: H. Götter; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. 53 66, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage aus „Mittelstellung und Wissen“.

In fast allen Abteilungen:

Grosser Saison.

Beginn: Montag, den 2. Juli

AUSVERKAUF

PREISE = TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR HALBTE

Damen-Bekleidung

Jumper aus kunstseiden. Crêpe mit Krawatte, fest verarbeitet.....	5 ⁹⁰	Boilekleider in modernen Druckdessins, mit Volantgarnierung.....	12 ⁵⁰
Westen Armellos, Wolle mit Kunstseide, schöne Farben.....	5 ⁹⁰	Reinwoll. Mäntel.....	16 ⁵⁰
Boilekleider in so. neu. Mustern, kleidsame Formen.....	7 ⁵⁰	Reinwoll. Mäntel imprägniert.....	19 ⁷⁵
Morgenröcke aus Flanellstoff mit farbigem Besatz.....	2 ⁹⁰	Morgenröcke aus Flanellstoff mit farbigem Besatz und Kurbel.....	4 ⁹⁰

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe und Herren-Socken in guten Qualität, Paar.....	78
Damen-Strümpfe Mako oder Kunstseide, Paar.....	90
Strümpfe für Damen, künstl. Waschseide, Paar.....	1 ⁹⁰
Jacquardsocken für Herren, gute Qualität, moderne Muster, Paar.....	95

Damen-Wäsche

Damen-Hemden reich garniert.....	1 ⁴⁵
Damen-Hemdchosen farbiger Batist, mit Spitze.....	2 ⁹⁵
Complets gute Kunstseide, mit Spitze.....	4 ⁹⁰

Restposten eleganter Wiener Handarbeitswäsche besonders preiswert!

Waschstoffe

Perkal für Oberhemden, ca. 80 cm breit..... Meter	62
Waschseide Kunstseide mit Baumwolle..... Meter	68
Crêpe marocain moderne Muster..... Meter	78
Popeline für Oberhemden, ca. 80 cm breit, gute Qualität..... Meter	1 ⁶⁵

Koffer

Stadtkoffer „Echt Lehma-Vulkan“, rot, sehr leicht und dauerhaft, 80 cm 4 ²⁵ 85 cm 4 ⁷⁵ 90 cm 5 ⁵⁰ 95 cm 6 ⁰⁰
Stadtkoffer „Echt Vulkan“, mit gutem Schloss und solidem Griff, 85 cm 5 ⁹⁰ 90 cm 6 ²⁵ 95 cm 6 ⁷⁵ 100 cm 7 ⁵⁰
Coupékoffer aus echt Vulkanfaserplatten gerb., gerippt, mit 2 gute Schlössern u. starkem Metallgriff..... 60 cm 9 ⁷⁵ 65 cm 10 ⁷⁵ 70 cm 11 ⁷⁵

Badeartikel

Badehauben reich garniert.....	75
Schwimmtrifots amerika. Form, schwarz-weiß..... Grösse 43	1 ⁸⁵
Schwimmhelme Moirgummi.....	2 ⁴⁵
Badeschuhe Zanella, mit Gummisohle.....	3 ⁵⁰
Frottiertstoffe farbiger Jacquardstoff..... Meter	5 ⁵⁰
Badelaken schwere Qualität, Jacquard, ca. 140/170 cm.....	7 ⁵⁰
Badecapes farbige gemustert.....	12 ⁵⁰
Bademäntel für Herren, weite Form.....	13 ⁷⁵

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Wilmsdorfer Str. * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kolibuser Damm * Andreassir. * Chausseestr.

Hein zum Tode verurteilt.

Der Schluß des Koburger Prozesses.

Im Koburger Mordprozeß Hein wurde nach anderthalbstündiger Beratung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Hein ist schuldig zweier Verbrechen des Mordes, eines Verbrechens des Totschlages, eines Verbrechens des Mordversuches und eines Verbrechens des Totschlagversuches, die sämtlich unter sich zusammenhängen. Er wird zweimal zum Tode und zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Die ihm gehörigen Pistolen und Munition werden eingezogen.

Ueber den Schluß der Verhandlung im Prozeß Hein ist noch nachzutragen: Zur Nachmittags Sitzung erschien Hein mit rotgeweineten Augen und noch erschüttert bewegt vom dem Abschied, den er kurz vorher von seiner Mutter genommen hat, die der Urteilsverkündung nicht mehr beimohnen wollte und in ihre Heimat zurückgekehrt ist.

Das Plaidoyer des Staatsanwalts.

Sofort nach Eröffnung der Verhandlung ergriff Erster Staatsanwalt Weimer das Wort zur Anklage. Er betonte, daß die moderne Strafgesetzbuchung nicht mehr, wie es früher der Fall war, einen Angeklagten lediglich als Gegenstand der Beurteilung, sondern als ein Mitglied der großen menschlichen Gesellschaft ansehe und deshalb zunächst prüfe, ob er für immer oder vorübergehend von dieser Gesellschaft ausgeschlossen werden solle. Vor allem müsse man daher Verwegenheit und Verästeltheit des Angeklagten betrachten, der, wie der Staatsanwalt betonte, auf ihn während der Untersuchungshaft einen guten Eindruck gemacht und der sich in der Haft ordentlich benommen habe. In mäßigen Verhältnissen sei er geboren, aber in diesen ungünstigen sozialen Verhältnissen sei die Grundlage für seine Verbrechen nicht gegeben. Die in Düsseldorf erfolgte Mißhandlung durch die Polizei, die an sich natürlich durchaus nicht zu billigen sei, könne ebenfalls den Beginn der Verbrechenslaufbahn nicht erklären. Im Felde sei er auch nicht gewesen, könne sich also nicht darauf berufen, daß er dort das Männermorden gelernt habe. Der Angeklagte der Mord sei die Verführung durch Larz, die gerade zuerst von der von Hein so sehr gebauchten Düsseldorf Polizei zu seinen Gunsten hervorgehoben worden sei und die auch von der Anklage als vorliegend anerkannt werde. Durch Larz wurde er ein Entgleisener, der den Weg nicht mehr zurückfand. Aber diese Verführung sei doch nicht so stark gewesen, daß er nun die Mordtaten unter dem Einfluß Larzs begangen haben solle. Ein dunkles Kapitel sei es auch, wozu die beiden W.-Zemmer Sprengstoff gestohlen hätten und wo die Beute und auch später das viel Geld geblieben seien. Alle psychologischen Erörterungen seien aber hinfällig, weil die Frage nach Mord bejaht werde, denn auf dieses Verbrechen gebe es nur eine Strafe. Von Naturrecht sei gegenüber den in Ausübung ihres Dienstes begreifenen Beamten keine Rede. Nur Mord liege vor, denn Hein habe vorsätzlich und mit Ueberlegung gehandelt. Aber nicht nur mit Ueberlegung, sondern auch mit lange gehabtem Vorsatz hat der Angeklagte gehandelt, selbst wenn man annehmen will, daß er zu diesen Taten angestiftet worden sei. Dann muß er dafür büßen, und zwar genau so wie ein Richterführer.

Zum Schluß seines Plaidoyers stellte der Anklagevertreter den Antrag: „Der Angeklagte Hein ist in drei Fällen des vollendeten Mordes und in zwei Fällen des versuchten Mordes schuldig. Ich beantrage, ihn wegen dreifachen Vergehens des Mordes dreimal zum Tode und wegen zwei in sachlichem Zusammenhang begangener Ver-

brechen des Mordversuchs zu einer Zuchthausstrafe von je 10 Jahren, zusammen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren zu verurteilen und ihm auf Lebensdauer die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen, sowie ihm die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Ich beantrage weiter die Einbeziehung der ihm gehörigen Pistolen samt Munition.“

„Kein Mord“, sagt der Verteidiger.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann der Verteidiger, Justizrat Dr. Bittor Graentl, Berlin, das Wort. Er betonte einleitend, daß er nicht Gnade, sondern kritische Würdigung der Taten des Angeklagten verlange. Dann schilderte er das Milieu, dem Hein entstammt, hob seine guten Charakterzüge hervor und wies darauf hin, daß er durch die von Larz selbst zugegebene Verführung in eine Härigkeit zu Vorn geraten sei und so ein Doppelleben geführt habe. Zu der Frage der juristischen Beurteilung der Straftaten ludte der Verteidiger in eingehenden Ausführungen nachzuweisen, daß sowohl in Jena wie in Plauen und Unterflemm Hein ohne Ueberlegung gehandelt habe. Einmalige Zweifel in diesen Punkten müßten zugunsten des Angeklagten entschieden werden. Deshalb komme nur Totschlag, aber nicht Mord in Frage. Eine Bejahung der Ueberlegung wäre ein gefährlicher Justizirrtum.

Hein hat das Schlußwort.

Der Vorsitzende erteilte dann dem Angeklagten selbst das Wort, der leise und stockend erklärte: „Ich sehe jetzt erst richtig ein, was ich getan habe. Bisher ist mir das gar nicht richtig bewußt worden. Ich weiß nicht, wie ich zum Verbrecher geworden bin. Glauben Sie mir, wenn ich auch so gleichgültig dasthe, mich trifft doch jedes Wort im Innern wie ein Schwert. Ich habe das alles nicht gemollt, ich habe nie daran gedacht. Es ist das alles so über mich gekommen, und ich war eben ein Ertrinkender, der sich an einen Strohhalm klammerte. Weiter kann ich nichts sagen.“ Um 7 Uhr abends zog sich das Gericht zur Beratung zurück, um dann das oben wiedergegebene Urteil bekanntzugeben.

Die Begründung des Todesurteils.

In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, daß für die Beurteilung der Tatsachen die Befundungen Heins und Larzs nicht so wichtig seien, zumal Larz auch auf das Gericht einen erschütternden Eindruck gemacht habe und seine Auslagen kein einwandfreies Zeugnis darstellten. Er habe offenbar schwer mit sich gekämpft, ob er sich selbst oder den zum Tode bestimmten Freund und Komplizen belasten sollte. Im übrigen habe sich Hein nach Ansicht des Gerichts durchaus nicht so widerwillig an den Taten Larzs beteiligt. Er habe mehr oder weniger gleich aktiv daran teilgenommen. Wenn er zuerst auch in Not gehandelt haben mag, so kam dieses Moment späterhin keinesfalls mehr in Frage. Sein Bestreben war allein, seine Freiheit zu retten, denn er war ein Mensch von ungeheurer Lebenskraft und von Freiheitsdrang. In den drei Fällen der Tötungen hat er nach Ansicht des Gerichts vorsätzlich gehandelt, wenn er sich auch vielleicht die Lösung der Beamten nicht vorgenommen hätte. Im Fall Jena hat das Gericht die Ueberlegung verneint, weil Hein von der Jenaer Polizei überrascht wurde. Dagegen hat er in Plauen und Unterflemm au mit voller Ueberlegung gehandelt.

§ 51 komme für ihn weder mittelbar noch unmittelbar in Frage. Er sei voll verantwortlich für seine Taten. Das Gericht hat nicht leichten Herzens die Todesstrafe verhängt, aber die man verschiedener Ansicht sein könne. Aber wer auch ein begeherrter Anhänger der Todesstrafe ist, wird sich mit dem Gedanken abfinden müssen, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, wenn solche schweren Mordtaten mit entsprechender Sühne belegt werden. Alle diese Tatsachen werden die Todesstrafe, auch wenn man sie an sich nicht gut heißen will,

als eine gerechte Sühne erscheinen lassen. Mildernde Umstände wären in diesem Fall nicht am Platze.

„Es ist nun einmal geschehen!“

Dann wandte sich der Vorsitzende an den Angeklagten persönlich: Ich will noch einige persönliche Worte an Sie richten, Hein, ich kann von Ihnen nicht erwarten, daß Sie das Urteil ohne weiteres hinnehmen. Aber ich möchte Ihnen ans Herz legen, weil ich Ihnen glaube, daß Sie wirklich Reue empfinden, schlagen Sie sich ans Herz, ob es nicht das Beste ist, in sich zu gehen und die Strafe auf sich zu nehmen. Falls Sie sich dem Urteil nicht unterwerfen wollen, steht Ihnen in der geistmätigen Frist die Anmeldung der Revision ans Reichsgericht zu.

Der Angeklagte erwiderte nichts, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Hein, der während der Urteilsverkündung keine Gemütsbewegung gezeigt hatte, ließ sich ruhig abführen und sagte beim Abtransport nur noch halbhart: „Es ist nun einmal geschehen.“

Der Tote von Friedrichshagen.

Ein lange gesuchter Verbrecher.

Der bei dem nächsten Kampfe mit Billeneinbrechern in Friedrichshagen erschossene Verbrecher ist in der Tat der Lilaer Wladimir Dremoljonko, der von der Berliner Kriminalpolizei seit langem gesucht wird.

Wegen verschiedener Straftaten, die er in Düsseldorf verübte, hatte D. zu Anfang d. J. eine längere Strafe verbüßt. Er erhielt dann den Ausweisungsbefehl aus Preußen. Statt ihn zu befolgen, kam er jedoch nach Berlin. Hier wurde er im Mai in der Königsgraben Straße bei einem Einbruchsvorfall überrascht und festgenommen. Er redete sich damit heraus, daß er angenommen habe, vor einer unbewohnten Wohnung zu stehen, darin habe er übernachtet wollen. Um sich zu diesem Zwecke Eingang zu verschaffen, habe er eine Säge eingedrückt. Weil ihm das Gegenteil seiner Behauptung nicht nachzuweisen war, so mußte D. wieder entlassen werden. Man vermutet jetzt, daß er der dritte Mann der Einbrecherbande Bittrod Wicke ist, die, wie wir wiederholt berichtet, verschiedene Verbrechen in der Umgebung Berlins unferig machte. Bei einem ihrer Einbrüche wurde in Köpenick der junge Kaufmann Rudolf Großer bei der Verfolgung erschossen. Bittrod und Wicke wurden festgenommen. Bittrod aber entwich vor einiger Zeit aus dem Zuchthaus in Brandenburg, wo er 1½ Jahre verbüßen sollte. Er hat bestritten, den verhängnisvollen Schuß in Köpenick abgegeben zu haben.

Möglich ist, daß der jetzt Erschossene der bisher verächtlich gesehene Schütze war. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Bittrod selbst bei dem Einbruch in Friedrichshagen wieder beteiligt war.

Der Arbeiter Kallies, der Untermieter, der mit einem der Verbrecher in einen Ringkampf geriet, hat erst vor zwei Tagen seiner Sohn verloren, der beim Baden vor den Augen des Vaters ertrank.

Ende der Hitzewelle?

Weitere Abkühlung und Niederschläge wahrscheinlich.

Die Hitzeperiode der letzten Tage scheint, wenn nicht alle Anzeichen trügen, vorläufig zu Ende zu sein. Das Barometer ist gestern rapide gefallen, und der Zeiger nähert sich weiter verdächtig der Gleichgewichtsweite.

Gestern wurden noch als Höchsttemperatur 26 Grad im Schatten, gegen 25 Grad am Vortage, gemessen. Im ganzen Reich sind die Temperaturen gleichmäßig verteilt und waren am höchsten in

Die Nacht nach dem Verrat.

11] Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Er war irgendwie davon überzeugt, daß die Organisation ihn schon im Verdacht hatte, McPhillips verraten zu haben. Er fühlte, daß man ihn schon suchte. Er mußte also einen Plan machen. Er mußte eine glaubwürdige Entschuldigung haben.

McPhillips hatte immer gesagt: „Wenn du ein gutes Alibi hast, dann kann der Teufel selber dir nichts anhängen.“

Wie aber sollte er für sich selbst ein Alibi bekommen? Dreimal ging er unentschlossen die ganze Länge der Straße hinab, die Augen auf den Boden geheftet. Er war unfähig, an irgend etwas zu denken. Sein Hirn fuhr fort, sich in abseitige Betrachtungen zu vertiefen, die nichts mit der gegenwärtigen Angelegenheit zu tun hatten: Fragen über den Favoriten für das nächste große Rennen, und ob der Schauspieler Johnny Grimes sich selbst ertränkt oder ob er ermordet ins Wasser geworfen worden war: dies beides waren Angelegenheiten, die die Stums von Dublin zurzeit am meisten aufregten.

Einen Augenblick lang war er entschlossen, zum Dunbon Logierhaus zu gehen, sich ein Bett zu mieten und zu schlafen. Im nächsten Augenblick erschreckte ihn diese Vorstellung. Sie machten dort schon wissen, daß er der Angeber gewesen war. Dann würde vielleicht, während er schlief, einer zu ihm in die kleine Kammer geschickt werden mit einem Schießprügel, um ihn schlafend zu ermorden. Oder sie konnten auch den Trick gebrauchen, ihm den Hals umzudrehen, lautlos wie einem Karnidel. Er wachte sich die enge kleine hölzerne Kammer des Logierhauses aus, das Schweigen der Nacht, nur unterbrochen von dem trostlosen Geräusch des Schnarchens einer nicht zu unterscheidenden Anzahl unbekannter Menschen auf allen Seiten, die laut träumten, grunzten und schnarchten und überall, in allen Richtungen schliefen, während „sie“ lautlos herantasteten, ihn zu morden.

Er erschauerte. Schweiß stand ihm auf der Stirn. Eiferwoll und mit Erleichterung entschloß er sich, im Freien zu bleiben, wo er seine Fäuste und seine Kraft gebrauchen

konnte. Wenn er schon daran glauben sollte, dann wollte er ermordet werden, den Griff seiner Hände um einen toten Hals geklammert.

Schließlich stand er stocksteif und schlug sich dröhnend auf die Brust. „Verdammt nochmal, bin ich denn verrückt geworden, warum hab' ich daran nicht schon längst gedacht? Sie werden sich wundern, warum ich nicht schon da bin. Jeder in der Stadt muß jetzt inzwischen von der Sache gehört haben, und ich, wo ich doch sein Freund war, bin noch nicht da, um seiner Mutter ein Wort zu sagen. Bestimmt werden sie gleich Verdacht auf mich kriegen, wenn ich nicht sofort gehe.“

Er kniff die Augen zusammen und setzte sich in Trab in der Richtung von McPhillips Haus in Titstreet. Er nahm die Hände aus den Taschen und schwang sie seitlich, wie es Polizisten tun. Er warf den Kopf zurück und überragte so wie ein Riese alle, an denen er vorbeirief.

Er lief an ihnen vorbei, fast über sie hinweg, wie ein fernes Jabelwesen, etwas Einmaliges.

4.

Titstreet befand sich in Aufruhr wie ein Ameisenhaufen, in den der schwere Huf einer Kuh hineingetreten ist. Unter den vereinzelt Laternen, zwischen den beiden Reihen zweistöckiger Backsteinhäuser standen Gruppen von Männern, die mit aufgeregten Augen redeten. Das sahle Licht der Lampen ließ den nieselnden Regen sehen, der wie Dampf auf ihre rauhen, schmutzigen Kleider sich legte, auf ihre diegedrerten Röden, auf die erregten Gesichter und auf ihre knorrigen Hände, mit denen sie gestikulierten. Ihre Stimmen erfüllten die hohle Dunkelheit der Straße mit unterdrücktem Flüstern, das wildkreisend sich hob und senkte wie Sturmwind zwischen Felsen. Die Stimmen waren nervös, als warteten sie auf einen Sturm auf See.

Alle Frauen mit Tüchern um die Köpfe huschten umher wie Schatten. Sie glitten von Tür zu Tür, führten Gespräche, machten heftige Gesten nach etwas Entferntem hin, begegneten sich, die hageren Gesichter aufwärts gegen den Himmel gewandt. Junge Frauen gingen langsam Arm in Arm die Straße hinauf und hinab. Sie sahen nach Nummer 44 hin, wenn sie vorbeigingen, mit Schweigen, mit Ehrfurcht auf den roten, geöffneten Lippen.

Nummer 44 war der Mittelpunkt des Interesses. Das

Grauen, das über dies Haus gekommen war, hatte die ganze Straße aufgewühlt. Das ganze Viertel befand sich in Aufregung. Drei Straßen entfernt standen die Barbesucher atemlos hinter den Schanktischen, während irgendein Mann mit wilderregtem Gesicht und weitauferlichem Mund die Szene von Francis McPhillips Tod erzählte, mit Ausrufen und heftigen Gebärden. Überall auf den Straßen, in den Kneipen, in den Küchen der Mietkafernen, wo alte rotzafige Männer ihre eingeschrumpften Hälse vorreckten, um die Schreckensnachricht zu hören, wurde mit Furcht und mit Haß das eine Wort geflüstert: das Wort „Spitzel“.

Ghypo vernahm das Wort, sobald er die Kreuzung von Titstreet und Bryanroad erreichte — eine lange und breite Straße mit kleinen Läden zu beiden Seiten, das Pflaster mit Papier bestreut, kleine Schmutzhaufen in der Gasse, zwei Trambahngleise, verrostet durch den nieselnden Regen. Gruppen von Bummelern an jedem Laternenpfahl, in den Kneipen und auf der Brücke über den Kanal, wo die Straße plötzlich am Horizont verschwand, als ob sie in die Leere eines Abgrunds stieße. Er passierte Agans Kneipe, die an der Ecke lag, halb in Titstreet, halb in Bryanroad. Das Wort traf ihn durch die offene Kneipentür. Er hatte den Schritt verlangsamt, als er die Gegend hier erreichte, und sobald er das Wort vernahm, zog er, statt weiterzugehen, nur das rechte Bein an das linke heran und ließ es schwer und lautlos auf das nasse Pflaster fallen, das mit Sternen aus roten und weißen Ziegelkacheln verziert war.

In diesem Augenblick wehte ein Windstoß um die Ecke und blies ihn durch und durch. Er öffnete Mund und Nasenlöcher. Seine Augen weiteten sich. Er reckte den Kopf vor, horchend.

„Angezeigt muß es einer haben, denn wie hätten sie sonst können...“ Ein großer, magerer Mann sagte das, der in der Mitte des mit Sägespänen bedeckten Bodens stand und ein Haß schwarzen, schäumenden Porters in seiner Rechten hielt.

Dann stieß ein unterlegter Karrenführer, mit einem grauen Sack um die Schultern, den Sprecher an, bei dem ungeschickten Versuch, den Raum durch die Menge hindurch zu überqueren. Aber der Mann hatte schon genug gesagt. Ghypo mußte, daß sie über den Tod Francis McPhillips sprachen und daß sie argwöhnten, daß Verrat im Spiele sei.

(Fortsetzung folgt.)

Süddeutschland, wo beispielsweise in Karlsruhe und Frankfurt a. M. 30 Grad herrschen.

Für heute wird vom Wetterdienst bewölter Himmel mit weiterer Abkühlung bei zunehmender Gewitter- und Niederschlagsneigung vorausgesagt. Gegenwärtig ist die Allgäuer-Region so, daß das Hochdruckgebiet, das lange Zeit über dem größten Teil Europas verharrte, sich nach dem Ocean verlagert hat. Über Mitteleuropa ist eine Tiefdruckrinne in der Ausbildung begriffen, die sich von Skandinavien bis zum Mittelmeer erstreckt wird. Da das deutsche Gebiet wahrscheinlich auf der Westseite der Tiefdruckrinne verbleiben wird, ist bei nordwestlichen Winden mit Abkühlung und Niederschlägen zu rechnen.

Im Brunenwaldsee ertrank gestern der 20jährige Lehrling Ernst Lindner aus der Schumannstraße 11. — Beim Baden im Teufelssee verlor der 23jährige Erich Böddiker aus der Bruchlöcher Straße 7.

Nochmalige Ablehnung des Droschkentarifs. Der Magistrat bleibt dabei: zu teuer!

Gestern trat der Magistrat am Schluß seiner Sitzung nochmals zusammen, um außerhalb der Tagesordnung erneut zu dem Kraftdroschkentarif Stellung zu nehmen. Er kam zu dem Beschluß, an seinem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Tarif festzuhalten, da dieser besonders bei weitesten Entfernungen untragbar für die Bevölkerung sei.

Hiernach kann es zweifelhaft scheinen, ob der Polizeipräsident den neuen Tarif in Kraft setzen wird. Er wird das kaum tun wollen, nachdem der Magistrat sich so entschieden dagegen ausgesprochen hat.

Städtische Spenden für Wissenschaft und Theater

Der Magistrat bewilligte gestern einen Beitrag von 12.000 Mark zu dem in der Bildung begriffenen Wilhelm-Fischer-Fonds, der dem Forscher die Vermehrung der von ihm bisher gewonnenen Ergebnisse und die Fortsetzung seiner Arbeiten gewährleisten soll. Auch dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni dieses Jahres auf Bewilligung von 70.000 Mark für Zwecke der Volkshochschule für erwerbslose Schauspieler und Künstler stimmte der Magistrat zu.

Ein Rotschrei der Durstigen.

Ueber „die Hitze“ stöhnt und schreit in diesen Tagen alle Welt, auch mancher, der gar nicht so sehr darunter zu leiden braucht. Hast du dir schon mal klar gemacht, was es bedeutet, jetzt, B. im Sonnenbrand einer Baustelle oder vor der Hölle, gut eines Heizkessels seine Arbeit tun zu müssen? Oder meißt du, wie schwer bei arger Hitze auch das werden kann, in engem Raum zusammen mit vielen Menschen Stundenlang zubringen zu müssen, ohne sich Erleichterung schaffen zu können?

Warum sorgt man nicht für Erleichterungen wenigstens da, wo es möglich wäre! Aus den Kreisen der Arbeitslosen, die bei dem schändlichen Arbeitsnachweis am Belle-Alliance-Platz ein- und ausgehen, kommt an uns die Klage, daß für die dort Wartenden keine Trinkgelegenheit vorhanden ist. Wasserleitung gibt es da, denn es müssen ja Aborte bereit gehalten werden, und auch Gelegenheit, die Hände zu waschen, fehlt nicht. Aber vergeblich sucht man nach einem Becher, aus dem ein Durstiger sich an klarem Wasser laben könnte. Warum fehlt es daran?

Die Forderungen der Rhodgenopfer.

Nach einer Rechnung aus Hamburg haben etwas 300 Personen, die bei der Rhodgenkatastrophe im Rai Angehörige verloren oder Sachschaden erlitten haben, durch einen Rechtsanwalt zivilrechtliche Ansprüche von mehreren Millionen Reichsmark beim Landgericht Hamburg geltend gemacht. Die Haftung des Hamburger Staates wird vor allen Dingen daraus hergeleitet, daß vom Gewerbeaufsichtsrat keine ausreichende Kontrolle ausgeübt sei. Es habe sich auch ergeben, daß die Rhodgenhäuser durchaus unsachgemäß oberirdisch gefagert und ausreichende Sicherheitsvorrichtungen nicht vorhanden gewesen seien.

Mit dem Arm in die Transmissionswelle. Bei der Firma Krister in Oberschöneweide ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. In der Revolverdreherei geriet der achtzehnjährige Arbeiter Bruno Siegmund aus Oberschöneweide, Sudower Straße 14, beim Hartieren in die Transmissionswelle und wurde von ihr mitgerissen. Der rechte Arm wurde ihm vom Körper getrennt. G. wurde ins Krankenhaus gebracht.

Morphin auf Blankorezepte. Arzt und Apotheker auf der Anklagebank.

Das Schöffengericht Mitte verhandelte gestern einen umfangreichen Raufschmittprozess. Angeklagt waren der praktische Arzt Dr. Max A., der Apothekenverwalter Ludwig H. und der Provinzial-Friedrich A., beide von der Reichsapothek in der Eibinger Straße.

Die drei Angeklagten werden beschuldigt, im großen Maßstabe Kokain- und Morphinhandel betriebl zu haben. Der Hauptangeklagte, Dr. A., ein Mann von 52 Jahren, bietet das Bild eines traurigen sozialen Niederganges. Er ist seit 21 Jahren praktischer Arzt und hatte vor dem Kriege eine selbständige Praxis. Während des Feldzuges war er bis 1919 Militärarzt, nachher konnte er sich seine eigene Tätigkeit mehr verschaffen. Nachdem er einen Versuch in Bittenberge gemacht hatte, kam er 1926 nach Berlin zurück und fand nun hier von Stufe zu Stufe. Er hatte bald keine feste Wohnung mehr und wurde schließlich in einer Herberge in der Auguststraße aufgenommen.

Der Name des Dr. A. als Lieferanten eines weiten Kreises von Kokainhändlern wurde der Kriminalpolizei zuerst genannt, als man den berüchtigten fliegenden Raufschmittändler P. Scheuchner am Brandenburger Tor aufgriff, der am Rande des Tiergartens seinen „Kunden“ im Freien Morphin spritzen verabfolgte. Infolge der Verurteilungen hatten sich bei den Kunden schwere Entzündungen herausgestellt, die zu deren Einlieferung ins Krankenhaus geführt hatten. Die Ermittlungen ergaben, daß Dr. A. nicht nur P. Scheuchner, sondern auch vieler anderen Händlern in großen Mengen Kokain und Morphin verschrieben hatte. Er stand mit der Reichsapothek in einem besonderen Vertragsverhältnis und lieferte dieser Blanko-Rezepte.

Das Gericht verurteilte den Arzt zu 3 Monaten Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungsanstalt für verbüßt erklärt. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen. Das Schöffengericht berücksichtigte, daß der alte Mann sich in großer sozialer Not befunden hatte. Die mitangeklagten Apotheker wurden freigesprochen. Das Gericht stellte zwar fest, daß ihr Verfahren, Kokain und Morphin auf Blanko-Rezepte an die Patienten des Dr. A. zu verabreichen, höchst unkorrekt gewesen sei. Das Gericht habe aber über diese Methode nicht abzuurteilen, sondern nur soweit es sich um einen Verstoß gegen das Drogengesetz handele.

Der Staatsanwalt hatte gegen Dr. A. 8 Monate, gegen den Apothekenverwalter H. 4 Monate Gefängnis beantragt.

Verkehrsunfälle und Zusammenstöße.

In der Nähe ihrer Wohnung in der Gadower Straße in Spandau wurde die 49jährige Witwe Pauline Döhler von einem Privatauto überfahren und auf der Stelle getötet. — Ein schweres Lastunfall ereignete sich gestern gegen 18 Uhr in Döhler. In unmittelbarer Nähe der Kommandantur geriet auf der Döhler-Hamburger Chaussee aus noch ungeklärter Ursache ein Lastauto auf den Sommerweg. Das schwere Gefährt raste gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Der Führer und sein Mitfahrer erlitten lebensgefährliche Verletzungen und wurden durch die Spandauer Feuerwehr in das Spandauer Krankenhaus gebracht. — In Firsow bei Mustermark stießen zwei Motorräder in voller Fahrt zusammen. Drei Personen wurden durch die freiwillige Feuerwehr in schwerverletztem und bewußtlosen Zustande in das dortige Krankenhaus eingeliefert. — In Rahnsdorf fuhr ein Motorrad mit einem Privatauto zusammen. Der Führer des Motorrades wurde auf das



Oskar Strauß' Operette „Kund um die Liebe“ in einem melodienreichen Wiener Stil war eine hübsche Gabe für den Sommerabend. Der nach neuem Operettenschema gebaute Text stürzte wenig. Daß die Musik nicht zu kurz kam, dafür sorgten das Funkorchester, das diesmal von Ben Gensel geführt wurde, und die recht guten Sänger, vor allem als Erich Charlotte Boerner, Leopold Heinisch und Bernhard Bödel. — Unter den Vorträgen des Tages verblende vor allem der von Dr. Werner Marholz Beachtung, in dem „Die Einheit der europäischen Weltmusik“ behandelt wurde. Der Redner zeigte, wie Europa, das rein geographisch betrachtet, gar kein selbständiger Kontinent ist, seit dem Abbruch der Völkerwanderung sich zu einer geistigen Einheit zu formen begann, die trotz harter innerer Kämpfe die Jahrhunderte überdauerte. — Oberinspektor Ernst Schönelein behandelte mit sehr trockener Sachlichkeit, aber klar und übersichtlich, „Die Leistungen der Unfallversicherung“.

Straßenpflaster geschleudert und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Der Verunglückte fand im Köpenicker Kreiswundhaus Aufnahme.

Der Neubau des Grenzbahnhofes.

Der im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten beim Neubau des Grenzbahnhofes Neu-Berlisch wegen schwerer Urkundenfälschung angeklagte Bauunternehmer Schmidt-Koenigskotten, gegen den gesondert verhandelt wurde, wurde von Schwurgericht in Frankfurt a. d. O. freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Die Gerüchte über die „Latham“.

Die Gerüchte, Fischer hätten auf der Bäreninsel Spuren der „Latham“, auf der Amundsen startete, entdeckt, beziehen sich auf die alte Geschichte, die bereits vor einiger Zeit von zwei Fischern erzählt wurde, sie hätten auf der Bäreninsel Räderspuren und die Reste einer Pelzmaße gefunden. Diese Schilderung ist sehr unbestimmt; jedenfalls kann ein Wasserflugzeug wie die „Latham“ keine Räderspuren auf dem Eis hinterlassen.

Auffstieg der sozialistischen Studentenschaft.

Am 16. Juli fand in den Räumen des Bundes, der Vereinigung freierwilliger Arbeiter, der erste Kreisvertretertag des Kreises Berlin im Deutschen Studenten-Verband statt. Folgende Gruppen hatten Vertreter entsandt: die freierwilligen Studentenschaften der Universität und der Technischen Hochschule, der Sozialistische Hochschulrat der Universität, der Sozialistische Studentenausschuss der Handelshochschule Berlin; Vertreter waren auch erschienen von der Tierärztlichen und Landwirtschaftlichen Hochschule; ferner ein Vertreter des K. G. und als Vertreter der Mit-Ademikerkraft Regierungsdirektor Böhmling. Aus den Berichten, die die Vertreter über die hochschulpolitische Lage gaben, war ein erfreulicher Aufschwung und eine innere Konsolidierung sämtlicher Mitgliedsgruppen des Verbandes ersichtlich. Durch eifrige Aufklärungsarbeit ist es gelungen, die Beteiligung an den Wahlen zur nationalsozialistischen „Allgemeinen“ Studentenschaft so gering als möglich zu halten; sie überstieg im allgemeinen kaum 40 Proz. Dagegen haben sich die Mitgliederzahlen der Gruppen im D. S. V. insbesondere der sozialistischen Studentengruppen z. T. verdoppelt. Die Bildungsarbeitsgemeinschaften und andere Veranstaltungen fanden einen immer regeren Zuspruch.

Mit der Einberufung des nächsten Kreisrates wurden stud. med. Lange (Freierwillige Studentenschaft der Universität Berlin), stud. oec. Kurt Löwenthal (Sozialistischer Studentenausschuss Handelshochschule Berlin) betraut.

Raubmordversuch um Euro-Papier.

In Hamburg wurde auf den 35jährigen Möbelhändler Boges in der Elbstraße ein Raubmordversuch verübt. Boges wurde im Schlaf überfallen und durch Schläge über den Kopf erheblich, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Der Täter, der unbekannt erkrankt, erbeutete, soweit bisher festgestellt, aus einer Truhe neben dem Bett des Möbelhändlers nur Millionen- und Billionenscheine aus der Inflationzeit.

Genosse Robert Goldbach, der 40 Jahre lang Parteimitglied war und in der vorigen Woche verstarb, ist gestern im Krematorium Gerichtstraße eingeschert worden. Von Beruf Tischler, hatte er schon unter dem Sozialistengehelen fleißig und unerschrocken gearbeitet. Während des Krieges hatte er sich mit allen seinen Kräften für den Zusammenhalt in der Partei eingesetzt. Mit ihm ist einer der Besten hingegangen.

Verkehrserleichterungen für Monatskarten. Nachdem nunmehr die Linie 74 der elektrischen Straßenbahn über den Händelpfad hinaus im Zuge des Hindenburgdammes weitergeführt ist, gelten die Monatskarten der Linien 36 und 74 zwischen Steglitz, Rathaus, und Händelpfad auf beiden Wegen, über den Hindenburgdamm sowie über Albrecht-, Ruhligshof-, Birckulsh-, Schügen-, Gellenstraße.

Arbeiter-Samariter-Bund E. V., Kolonne Berlin. Arm blinde Nr. 440 und Nr. 163 und Ausweis Nr. 676 auf den Namen Alfred Wagner lautet, werden hiermit für ungültig erklärt. Finder werden gebeten, gegen Erstattung der Unkosten die Sachen der Geschäftsstelle zu übergeben. Mißbrauch ist strafbar.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. nach). Etwas kühler, teils wolfig, teils heiter, einzelne leichte Regenschauer nicht ausgeschlossen. — Für Deutschland: In Norddeutschland überall etwas kühler mit zunehmender Niederschlagsneigung, im Süden noch wenig Änderung, aber etwas Gewitterneigung.

Schluß unseres beispiellos billigen Saison-Ausverkaufs

Weitere Preisherabsetzung

- Herren-Sakkoanzüge 70.—, 64.—, 41.—, 51.— 24.—
- Herren-Sportanzüge mit kurzer u. langer Hose 85.—, 72.—, 64.—, 51.—, 47.— 38.—
- Herren-Sommerrmäntel 80.—, 70.—, 60.—, 47.—, 35.— 28.—
- Herren-Winterrmäntel 70.—, 62.—, 53.—, 44.— 37.—
- Gummimäntel für Herren 23.—, 19.—, 13.—, für Damen von 8.50 an 8.50
- Lodenmäntel für Damen und Herren 23.—, 19.— 13.—
- Damen-Sommer- u. Winterrmäntel 26.—, 20.—, 14.— 10.—
- Windjacken für Damen 8.50, für Herren 4.75, für Knaben 3.75
- Knickerbocker flotte Muster, 19.—, 16.—, 11.— 9.25
- Breeches für Damen 11.—, 9.—, für Herren 12.—, 9.—, 7.— 4.25
- Strandhosen Flanel 12.—, weiß Körper 6.—
- Chauffeur-Sommerrmäntel weiß, mit farbigem Krag u. Manschett 23.—

- Strickwesten für Damen und Herren 4.20
- Männer-Unterjacken 2.85
- Kinder-Strickwesten Gr. 35 2.60
- Kinder-Sommersweater Gr. 35 0.75 0.50
- Kinderkleidchen Gr. 35-35 0.90
- Kinder-Hemdchsen weiß Trikot 0.65
- Herren Oberhemden Gr. 35-36, gute Qualität, 3,70, 2,90 2.40
- Herrenserviteurs ohne Halsstall 0.25
- Herrenhemden makroartig, Gr. 4 1.50
- Herren Unterhosen normalartig, Gr. 4 1.40
- Damenschlupfer zarte Farben 0.60
- Damenstrümpfe Kunstseide, mod. Farben 0.90
- Männer-Arbeitssocken 0.50
- Badeanzüge schwarze Trikot in einzelnen Größen 0.95
- Gartendecken 1.40, 0.90
- Nessel 160 cm 0.35, 90 cm 0.50
- Haustuch etwa 140 cm breit Meter 1.50
- Volles einfarbig 0.95
- Inlett 30 cm breit 1.30
- Handtücher vegetarisch 150 cm 0.30, Linen, gute Ware 1.40
- Bestgarnituren 1 Bezug, 2 Kissen 8.95
- Zephir schöne Muster Meter 0.50

Für die Hundstage leichte Sommerkleidung besonders billig

- Waschjoppen 7.20, 5.50 3.75
- Lüsterjacketts 15.—, 10.—, 8.— 5.75
- Tussorartige Sakkos 10.—, 8.— 5.75
- Tussorartige Anzüge 30.—, 27.— 24.—
- Waschkordanzüge für Chauffeure 26.—
- Waschwesten 3.50, 2.25, 1.50 Gr. 44/46 0.90
- Waschhosen 4.50

Der leichte Sommer-Anzug „Palm Beach“ 21.—

- Knaben Waschanzüge Gr. 0/1 3.—
- Ein Posten Knaben-Waschanzüge Gr. 4, 5 u. 6, verschiedene Form. 3.95
- Herren-Hemdchsen einzelne Größen von 6.85 an

BAER SOHN & Co

BERLIN N. 4
CHAUSSEE STRASSE 29/30
UNTERGRUND: STETTINER BAHNHOF

Stadt aus Stahl.

Bremen, Mitte Juli.

Die Tram führt schnell aus dem Marktreiben Bremens hinaus, wo vor dem Rathaus der Roland steht, den Klang und das Geleucht einer Zeit in den feineren Zügen, die noch von Freiheit und Männerwert träumen durfte. Sanja, königliche Kaufleute? Ach ja — heute A.-G. und Trust. Und die Aktionäre sitzen irgendwo mit gelben Gesichtern und mit dem Bäuchlein der Unbeholfenheit in einem Kurbad, studieren Kurse, schlucken Wasser, berechnen die Dividende.

Breit sind die Tore der Werft hinter dem Eisenbahndamm. Gegenüber Schrebergärten mit schwarzrotgoldenen Fahnen. Häuserblocks, die noch lange warten müssen, bis sie ein Stück City sind: Typisches Bild der Vorstadt. Der Portier verweist auf das Raucherparadies in der Werft. Auch fotografieren darf man nicht. Warum? Verkehrspolizei? Industriespionage? Man erzählt sich merkwürdige Anekdoten in unserer Gesellschaft. Einer will wissen, daß die Franzosen zum Beispiel gleich den kürzlich eingestellten Rheingold-Expresst kopiert hätten, als sie durch eine Baden-Badener etwas vorläufige Zeitungsnotiz davon gehört hätten. Vorsicht also —? Was wir sehen sollen, soll ja das größte Schiff Deutschlands werden. 46.000 Tonnen. Zwei Schiffe dieser Klasse auf einmal, die der Norddeutsche Lloyd einmal hier in Bremen, und das andere mal in Hamburg auf Stapel gelegt hat: Dort die „America“, hier die „Bremen“, 90, vielleicht auch 100 Millionen Mark investiertes Kapital! Stapellauf am 16. und 17. August! Erste Fahrt im nächsten Frühjahr. Das sind die Stichworte, die reich um fliegen. Achtung... eine Schwalbe. Man stolpert über Bandellen und leere Sauerstoffflaschen. Ein paar nußschwarze Arbeiter, irgendwoher aus heiligem Rubierland, die ein kleines, winziges Schloßschloß hierhin verschlagen haben mag, gucken neugierig unter dem Holendoch. Rechts, links, zwischen Buden und Werkstätten, zwischen Kesseln und T-Trägern, auf ölgetränktem Weg, der giftig glüht.

Da ist sie, die werdende Meeresstadt aus Stahl. Ein rotstwarz gestricheltes Ungetüm, um dessen Leib sich 6000 fleißige Hände bemühen und auf dessen hier schon glatter, dort noch verschuppter Haut automatische Niethammer und unermüdete Bohrmaschinen ein Höllenkonzert veranstalten. So reckt sich das Empor wie ein Dom, aber ganz unfeierlich, ganz zweckförmig, fast drohend und unbefähigt. Kranen, deren halbmeterdicke Eilensparren hoch oben in den Lüften wie dürre Topfbäume sich ausnehmen, spinnen das Ungeheuer in ein Gewir von Ketten und Tröcken ein. Wellern, Treppen und Knüttelgeleise verlieren sich irgendwo in seinem Bauch. Darunter eine schwarze Höhle, aus der dicke Wolken und Spannen hervorragen; Pumpen speien aus dieser Höhle ohne Pause ihre Wasserstrahlen. Es pfeift, hämmert, rasst, schnarrt. 3000 Arbeiter sind angezogen um diesen Riesen beständig, kriechen in seinen Eingeweiden, betasten seinen Puls, breiten ihm Brandmale ins Fleisch, bohren ihm olivenfarbene Eisen in den Leib, schrauben und nieten an seinem Gerippe. Aber kaum sieht man einen von ihnen hier und dort, hoch oben über der Kante schwebend oder kletternd an der riesigen Wand, wie einzelne Ameisen, die an ihrem wunderlichen Staat bauen — Deutschland muß leben, und wenn wir... Wenn fällt nicht Berufs, des Kesselschweißers, Heiligensprechung der Befehlsheit ein, gleichgültig, welcher Art sie auch sein möge. Ewig ist nur die Idee...

Der Sturm.

Von Arnold Kluge.

(Schluß.)

Da aber hielt gerade der Schnapspendler eine betrunkene Professorierrede gegen die Villa Rio, die keine dreihundert Schritt von hier in einem Rest des Flußwaldes lag; gegen den Treffpunkt der feinen Welt, das Nest der Schieber und ihrer Geliebten, der Blutsauger, der Geldmüde am Körper des darbenenden Volkes. „Bravo!“, Radautänge führen sie auf, schrie der Mann, und geller Krüppel scholl in seinem Schreien. Die Frau des Krüppels lachte. Worbens Herz stand stille. „Die Frauen durch die Straßen karbaischen, die Kavaliere in ihren Fräcken ins Flußwasser tunken!“

Da war ein Licht in Worbens gefallen. Nur, auf Leise wandelnd stand er auf, der Flußboden taumelte wie Moorland, es war ein seltsames Gehen, es war wie Fliegen. „Mir ist alles ganz egal, ganz egal!“ rief er laut. Es war beschlossen: Die Saffiantasche Weib sein, er pfeift auf hässliche Eheleute; ehlich und arm sein, das ist ein Ding, aber unehlich sein und schlechten, das ist auch ein Ding! Gutes Ding, hübsches Ding! Woegen wird er wieder Schreiber sein, aber heute will er Behemann sein, einmal im Leben! Pahig bezahlte er den Eintritt, ließ sich herausgeben und grinste dabei: „Eigenes Geld, Funderlohn“. Er gab seinen Hut nicht ab und knietete ihn erregt, als er ins herrliche Besitze eines Saales trat, wo bunte Seide und das Schwarz der Fräcke in Lederseifen sich schmiegelten. Er machte jechige Augen. Keine sollte wagen, ihn seines Anzuges wegen anzuschauen, er zückte ein wenig die Saffiantasche und lachte höhnisch: „Kognat will ich haben“, rief er. Dem Kellner fiel er nicht sonderlich auf, denn hier verkehrten oft seltsame Herren. „Ach, will etwas zu essen haben“, rief Worbens, und als man fragte, ob er ein ganzes Souper bestelle, runzelte er die Stirn und schnauzte den Menschen an: „Ja, was dachten Sie denn, natürlich ein ganzes Souper!“

Und Worbens ab.

Vierunddreißig Jahre lang war nüchternste Kost in diesen Wagen gedungen; jetzt erschauerte er, und Gebratenes, Dufendes witzte wie Alkohol. Er hatte keinen Blick für die Kavaliere, und die wunderjam schönen Frauen sah er nur wie Lichtflecke. Ueber dem Teller standen seine geträgigen Augen wie Raubvögel in der Schwärze, und er schauerte, trugte und ließ eisblaues Porzellan zurück, als habe ein Hund hier gefressen. Wehend ließ er sich sinken, die Bollwerke des Klubsessels mummten ihn ein, eine beseligende Schlaftrügheit schlug mit sanften Fächerflügeln gegen ihn, und er mußte eine Zigarre bestellen, um frisch zu bleiben. Als aber dann abgedeckt wurde, so daß ein fahles Lichtstrahl übrig blieb, ärgerte er sich und verlangte wiederum Kognat. „Ganz egal, ganz egal!“ grinste er.

Und nun begann die Musik, da hätte er bald geweint. Er wollte bis zum Totalschlaf hier verharren, ihm graute vor dem Heimweg durch die Sommernacht, als klinge sie ungesellig von Frühen. Er wollte sterben, denn es lohnte nicht zu leben, wenn man nicht jeden Abend so verbringen konnte. „Kognat, Kognat!“ rief er,

Soziale Erziehung.

Die Ansichten des Schriftstellers H. G. Wells.

Wells hat durch seine Werke wie ein Erzieher großen Formals gewirkt. Er hat versucht, die Menschen dazu zu bewegen, sich auf sich selbst zu besinnen, versucht, sie dazu anzuspornen, ihre eignen Fähigkeiten zu entdecken und auszunutzen. Er hat es versucht, sie fortschrittlich, vorwärtschauend zu orientieren, und zwar zu einer Zeit, in der sie Gefahr liefen zu stagnieren mit dem Anglistik trampschaft auf die Vergangenheit gerichtet.

Die Vergangenheit ist das Land der vollendetsten Taten, fest und begrenzt. Die Zukunft hingegen ist das unüberschaubare Reich, das verheißungsvolle Land, von dem wir Besitz ergreifen sollen, nicht wenn es „Gott gefällt“, sondern wenn wir selbst wollen. Es ist charakteristisch für Wells, daß er die sozialen Probleme nicht etwa wie ein großes Rätsel betrachtet, das wir nicht lösen können, und von dem wir erwarten, daß irgendein günstiger Zufall es lösen soll, sondern wie eine Aufgabe, die praktisch und rationell angepaßt werden kann. Ganz gewiß eine endlose Aufgabe, um so mehr Grund, ihre Lösung in Angriff zu nehmen.

Wells sieht klar, daß die Lösung dieser Aufgabe nicht Sache des einzelnen ist. Wir müssen unsere Bestrebungen koordinieren, wir müssen mit anderen Worten Sozialisten werden, was nichts anderes heißt, als daß wir zusammen arbeiten, um den Menschen menschliche Verhältnisse zu schaffen.

Frühzeitig ist er sich darüber klar geworden, welche Bedeutung die Erziehung für den sozialen Fortschritt hat. Zwar ist heute die Erziehung noch weit davon entfernt, die soziale Entwicklung fruchtbringend beeinflussen zu können. Wells sagt ganz richtig: „Auf keinem Gebiet des sozialen Lebens hat sich das Traditionsunwesen derartig breitgemacht wie in der Schule. Alle erzieherischen Anstrengungen bewegen sich in einer Atmosphäre faumförmigen Konformismus, und die Lehrer sind von jener Gedanken- und Redefreiheit vollkommen abgeschnitten, die alle anderen respektablen Menschen besitzen. Sie müssen, wie Darwin, das Maul halten, sie müssen in politischen Fragen höchst konservativ und in religiösen Dingen höchst orthodox sein. Wollen sie ihre Schüler etwas ermuntern und belehren, so hat das vermittels einer Trompete zu geschehen, ohne Worte und Gedanken. Sie dürfen gern große Volkshüter werden, vorausgesetzt, daß sie das Volk rückwärts führen oder nicht vom Fleck weg.“ Diese Charakteristik ist sehr treffend. Von den Schulautoritäten wird alles in Kauf genommen: Dummheit, Gedankentriggheit, Kritikallosigkeit, Stumpfsinn, nur nicht etwa revolutionäre Stimmung. Und doch läßt diese letztere Eigenschaft nicht annähernd den verderblichen Einfluß aus, wie man anzunehmen beliebt. Die Erziehung teilt mit der Kirche daselbe tragische Schicksal, sie kommt sehr weit hinter der geistigen Entwicklung hinterhergeschliffen und anerkennt erst dann die vorwärtstreibenden Kräfte und Gedanken, wenn sie ganz allmähliche Wahrheiten geworden sind. Als ein einziges Beispiel braucht man nur ihre

Stellungnahme zur Entwicklungslehre zu nehmen. Noch heute nehmen sie dieser gegenüber eine abweisende Haltung ein. — Zwischen der Gesellschaftsordnung und der Pädagogik besteht eine sehr enge Beziehung. Als man noch unter despotischer Staatsgewalt lebte, war die Schule eine Zwangsschule. Im Zeitalter der freien Konkurrenz hat die Schule ihren Charakter verändert. Jetzt ist es nicht nur der Zwang, sondern auch die Lust zu wetteifern, die der mangelhaft entwickelten Verbneugierde zu Hilfe kommt. Solche Schulen konnten beziehungsweise Unterionen und Streber hervorbringen; wenn sie, wie in unserer Zeit, zusammenwirkten, erhalten wir eine furiose Mischung von beiden.

Nach Wells Meinung ist der Zeitpunkt gekommen, daß die Zwangs- und Konkurrenzschule von einer anderen Schule abgelöst werden müßte, die sich auf einem natürlichen Interesse aufbaut und die Kinder dazu anspornt, sich zur Lösung der Aufgaben, die die Schule stellt, zusammenzutun. Nichts bringt Wells Ueberzeugung ins Bewußtsein, daß eine derartige Schule möglich ist. Das Ideal einer solchen Schule hat er bei Sanderson in Dundee verwirklicht gesehen. Dort hat er gesehen, wie dieser große Schullehrer es verstand, die Kinder dafür zu interessieren, in praktischen Aufgaben aufzugehen und sie gemeinsam, sich gegenseitig helfend, zu lösen. — Er meint, daß eine derartige Erziehung, eine neue Menschenart hervorbringen würde. Denn nicht nur allein würde man auf diese Art bessere intellektuelle Resultate erzielen, sondern ein ganz neuer Schulgeist würde entstehen. Dieser besteht nicht nur allein im Sinn für Zusammenarbeit. Das Wesen des Zusammenhalts ist schon der sporttreibenden älteren Generation bekannt gewesen, indem sie sich den Regeln der Spiele und einer gewissen Disziplin unterwerfen mußten, indem sie zusammenhalten mußten, um das Beste Resultat zu erzielen. Das Zusammenarbeiten der Jungen erhält jetzt das Ziel, etwas zu schaffen und nicht nur etwas zu gewinnen. Der schaffende Geist hält seinen Einzug in die Schule.

Es ist ein leichtes, Wells Erziehungsgedanken als idealistische Schwärmerei zu bezeichnen. Diejenigen, die ihm diesen Vorwurf machen, sind genau dieselben, die sich über die materialistische Gesellschaftsauffassung empören, und solche Menschen, die höhnisch jeglichen Idealismus abweisen und die am Materialismus Anstoß nehmen, sind ja unter keinen Umständen zufriedenzustellen. Das wäre vergebene Liebesmühe. Im übrigen ist Wells nicht nur der Typus eines Idealisten, der leicht dem Sport oder der Bäderlichkeit anheimfallen könnte. Er steht mit beiden Beinen fest auf der Erde und sein Erziehungsprogramm kann kurz zusammengefaßt werden: Die Erziehung soll sich nicht mit dem hinter der kulturellen Entwicklung herdschleppen und alle längst kassierten Anschauungen auf sammeln, sondern sie soll an der Spitze marschieren und den Weg in die Zukunft ebnen helfen.

Eva Schneider.

„was denken Sie, ich gehe noch lange nicht, heute wird gelebt, mir ist alles egal, verstehen Sie?“

Bäheand Johann, nur zum Zeitvertreib, griff er sich die Speisekarte, spottete zunächst nur über die unkünstlerische Schrift da oben, dann aber erkannte er, daß seine Zunge weit über die Grundsumme hinausging, und die Karte zitterte in seiner Hand, und der metallene Fuß, in dessen Spalt sie gepflanzt war, schlug schallend auf den Tisch. Aus der sekundenlangen Betäubung sprang aber dann als wütendes Tier ein wahnwitziger Entschluß: „Ganz egal, ich gehe nicht, ich trinke, oder ich zahle nicht. Sie sollen mich entlassen, verfluchen, einsperren! Ich werde Einbrecher, mir ist alles egal. Ich werde Verbrecher! Kognat, Kognat will ich“, und er lachte laut und idiotisch und schüttelte sich, hielt sich den Bauch, warf sich in den Klubsessel zurück und strampelte mit den Beinen. Es war die selbste Sekunde seines Lebens, es war die Explosion aller seit Jahrzehnten eingesperrten Sehnsüchte, seine Seele stieg sekundenlang raketentast in die Höhe, dann brach jähe Nacht herein, er erlebte, verfiel, krümmte sich, Leib und Seele taaten ihm weh. Er war wie vom Berge gestürzt, wie mit zerbrochenen Knochen, er knietete die Hände verzweifelt unter dem Tisch, und als der Kellner, der seinen Zusammenbruch mißverstand, ihm höflichst eine Tür wies, hinter der er sich erholen könne, gehorchte er slavisch und krümmte wie prügeltgewärtig den Rücken. Draußen sah er leere Garderobenhaken. Er stierte hin, taumelte auf sie zu, wollte sich erhängen, und da er keinen Strick hatte, knammerte er sich an zwei Knaggen und schluchzte hilflos, ein lächerlicher Lump.

Jetzt trachte Glas; die Flußmänner, tollkühn von Fasel und neidischem Haß, kürmten die Villa Rio, schrien nach den Tänzerinnen, drohten sie zu erfäusen wie räudige Katzen. Sie rubelten sofort durch den Saal zur Tanzdiel, in der sie Orgien vermuteten, eine Portiere dämpfte ein wenig ihr Gebrüll, und da raffte Worbens sich einpor, verhöht, strahlend wie ein helliger, lächelte milde-dankbar, ließ, wieder völlig kluger Meister seiner Sinne, wieselfast in den Saal, vergah nicht einmal seinen zerquetschten Hut, und sprang in Sähen über die Flußwiesen davon. In einem Gebüsch hörte er reden: „Die werden sich was Schönes einbroden, Trude! Wir sind bestimmt die Schlaunen!“ Dann lachte die Frau des Krüppels, „Ehebrecher!“ dachte Worbens entrüstet, er hatte schon am Fluße derartiges vermutet. Und dann hörte er jemanden wie aus der Erde heraus „Trude, Trude!“ schreien. Es war der Menschenstumpf auf seinem Karren, dem alle davongelaufen waren. Worbens machte einen Bogen und lächelte klug. Es war nicht nötig, daß man ihn erkannte. „Armer Mann“, dachte er, und dann: „Schlechte Welt.“

Bis an die Grenze der Stadt blieb er im Trob, dann ging er, wie ein Genesender atmend, seinem Hause zu. Er schloß unfähig Friede und ruhigen Gewissens. Nächsten Tages meldete er seinen Fund, er war ein redlicher Mann. Die kleine Zechprellerei war nicht der Rede wert, der Wirt der Villa Rio war sicherlich keines Mitleids würdig.

Der Verkäufer der Saffiantasche sand sich nie, und Worbens trug das Geld auf die Spartaße. Mit schier mönchlicher Zärtlichkeit girkelte er wieder seine Schrift. Wenn er jenes stürmischen Tages gebachte, flokte immer eine Sekunde lang sein Herz unter dem Echo des Grauens, dann aber lächelte er glücklich. Windstille war in seinem Blut.

Eine neue Ausstellung in der Berliner National-Galerie. Die Berliner National-Galerie, die im Frühjahr eine erste Ausstellung deutscher Kunst der Gegenwart aus Berliner Privatbesitz, besonders mit den Werken der Künstler der „Brücke“, veranstaltete, eröffnet heute eine zweite Ausstellung deutscher nach-impressionistischer Kunst aus Berliner Privatbesitz.

Labfal der warmen Tage.

Das Fruchteis, das heute auf dem ganzen Erdenrund ein beliebtes und begehrtes Erfrischungsmittel ist, kennt man erst seit zweieinhalb Jahrhunderten. Die erste Grundfrage seiner Erfindung war die von Basius Billastranca im Jahre 1580 veröffentlichte Entdeckung, daß man durch eine wässerige Salpeterlösung eine Rältemischung darstellen könne, die sich zur Kühlung von Speisen und Getränken sehr gut eigne. Daraufhin gelang es im Jahre 1607 einem anderen Forscher Namens Ramens Lancrebus, das erste künstliche Eis herzustellen, indem er den Salpeter mit Schnee vermischte. Diese Erfindung scheint auch bereits in der Küche verwendet worden zu sein, denn nach Feldhaus berichtet der Dichter und Satiriker John Barlay in seinem 1621 erschienenen und damals in ganz Europa berühmten Roman „Argenis“, daß man bei diesem Wetter den Wein aus Bechern, die aus Eis hergestellt waren, zu trinken pflegte. Fünf Jahre später kam dann Santorio Santoro darauf, Rältemischungen aus drei Teilen Schnee und einem Teil Kochsalz herzustellen.

Die Erfindung des Gefrorenen ließ aber doch noch mehr als dreißig Jahre auf sich warten; gleichwohl stammt sie ursprünglich ebenfalls aus Italien, da das erste Fruchteis in Frankreich im Jahre 1660 durch den Florentiner Propof Calteflit herstellt und in seinem noch heute seinen Namen führenden Koffeehaus in Paris verkauft wurde. Obwohl anfangs noch ziemlich kostspielig, fand das neue künstliche Erfrischungsmittel doch reichenden Absatz. Zudem scheint das von Calteflit zuerst streng gehütete Geheimnis der Herstellung des Eises auch bald bekannt geworden zu sein; denn im Jahre 1676 war es schon in nicht weniger als 320 Pariser Eismodenschänken zu haben, wenn auch Calteflits Erzeugnis noch lange als das feinste Fruchteis galt. Fast volle hundert Jahre vor das Gefrorene schon bekannt, als ein gewisser Buffon als Erster auf die Idee kam, auch im Winter Gefrorenes herzustellen, das man bisher immer nur im Sommer zu genießen pflegte. Und seit dem Jahr 1750 ist das Gefrorene denn auch ein fast unentbehrlicher Bestandteil der winterrischen Ball- und Gesellschaftstafel geworden.

Wichtige Ausgrabungsergebnisse im Trierer Tempelbezirk. Bei den Ausgrabungen im Allbachtal bei Trier, die unter der Leitung von Prof. Siegfried Voelckhe vom Provinzialmuseum in Trier stehen, sind in jüngster Zeit Funde gemacht worden, die historisch und kulturell bedeutungsvolle Schlüsse gestatten. Es ließen sich an der Grabungsstelle die ersten Reste des prähistorischen Trier nachweisen, darüber der größte Tempelbezirk nördlich der Alpen. Bisher wurden die ersten Wohnbauten des ältesten deutschen Trier der frühfränkischen Zeit erkannt und auf Grund der Funde der Sieg des Christentums in Trier auf das Jahr 357 festgelegt. Das beste Stück der neuen Funde ist ein Kultbild aus Jurakalk, die Werdegötin Spona darstellend, das sich durch besonders gute Ausführung und Erhaltung auszeichnet.

Gummi aus Opusien. Nach einer Meldung aus Los Angeles ist es dem Chemiker Dr. J. C. Wichman gelungen, aus dem Saft von Opuntien (einer Kaktusart) Kautschuk zu gewinnen. Da die Produktionsmöglichkeit aus den in den Vereinigten Staaten wild wachsenden Pflanzen auf 35 Millionen Tonnen veranschlagt wird, würde es sich bei dieser Erfindung um ein Objekt größten internationalen Interesses handeln. Für den englischen Handel, der mit den von England kontrollierten Anbauflächen etwa 70 Proz. der gesamten Gummiproduktion der Welt besitzt, würde durch die hier anstehende Konkurrenz das Preisniveau in bedauerlichem Maße sinken.

Bau von Landarbeiterwohnungen.

Erleichterungen aus Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Durch die Ermächtigung des Reichsarbeitsministers ist die Förderung des Baues von gesundheitlich und kulturell geeigneten Landarbeiterwohnungen, um den Übergang von Arbeitskräften aus der Stadt auf das Land zu erleichtern, aus Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge bestimmt worden.

Allerdings kommen nur Arbeiter in Frage, die entweder überwiegend als Handwerker für die sachlichen Bedürfnisse landwirtschaftlicher Betriebe tätig sind, oder solche, die in den der Entzweiung vorangegangenen beiden Jahren je mindestens zehn Wochen hindurch während der Hauptarbeitszeiten (Heu-, Getreide- und Hackfruchtperiode) Lohnarbeit in landwirtschaftlichen Betrieben verrichtet haben und den Gesamtverhältnissen nach darauf angewiesen sind, sich auch zukünftig gleichermaßen in der Landwirtschaft zu betätigen, d. h. jährlich mindestens 10 Wochen hindurch während der Späharbeitszeiten in nicht eigenen landwirtschaftlichen Betrieben als ausgesprochene Landarbeiter tätig zu sein. (Zeit-arbeiter.)

Auch für Bauhandwerker ist die Förderung eines Bauvorhabens möglich, wenn sie ihren Beruf, ohne in einem festen Arbeitsverhältnis zu stehen, überwiegend auf dem flachen Lande ausüben und daneben ihre Arbeitskraft zu landwirtschaftlichen Zeitarbeiten zur Verfügung stellen.

Die Bauten können als Werkwohnung oder Wohnheimstätten (gemäß § 1 des Reichsheimstätten-Gesetzes vom 10. Mai 1920) errichtet werden. Der Bau von Werkwohnungen kann aber nur von Inhabern selbständiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die für ihre werkangehörigen Arbeiter Wohnbauten zu errichten beabsichtigen, beantragt werden.

Auch Gemeinden oder sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften können als Bauherren in Betracht, wenn sie Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe sind und für ihre im Betrieb tätigen Arbeiter Wohnbauten zu errichten beabsichtigen, oder die mit Landarbeiterwohnungen zu bebauenden Grundstücke an Land- oder Forstarbeiter als Eigentum oder im Wege des Erbbaurechts, gegebenenfalls mit der Eigenschaft als Heimstätte, im Sinne des Reichsheimstätten-Gesetzes übertragen. Dagegen sind Arbeitnehmer, denen eine Anwartschaft auf ländlichen Besitz oder auf Vermögen anderer Art zusteht, von solchen Bauvorhaben ausgeschlossen.

Die zu fördernden Wohnungen müssen allen Anforderungen in baulicher, räumlicher und hygienischer Beziehung genügen. Ledigenheimen dürfen nur für mindestens 6 Personen, und zwar für männliche und weibliche Arbeiter, mit

getrennten heizbaren Räumen und gemeinsamem Kochraum errichtet werden.

Die Darlehen zur Förderung von Landarbeiterwohnungen sind zinslos und werden nach der Quadratmeterzahl der Wohn-, Stall- und Scheunenfächen berechnet, und zwar bei Werkwohnungen abzüglich der Wandflächen bis zu 70 Quadratmeter Wohnfläche und 20 Quadratmeter Ställe und Scheunen. Bekitere können bei Eigenheimen für jeden Landarbeiter bis zu 40 Quadratmeter in Ansatz gebracht werden. Als Einheitsätze kommen in Ansatz für 1 Quadratmeter Wohnfläche bei Werkwohnungen 50 Mk., Stallfläche 35 Mk. und Scheunenfläche 20 Mk. Bei Eigenheimen erhöhen sich die Sätze auf 65 Mk., 45 Mk. und 25 Mk.

Für Schwerertragsbeabsichtigte, Landarbeiterfamilien mit mehr als drei unverheirateten Kindern, oder wenn die Ablösung ausländischer Arbeitskräfte ermöglicht wird, können noch Zusatzdarlehen, pro Quadratmeter für Wohnflächen 15 Mk. und für Stall- und Scheunenflächen je 10 Mk. in Ansatz gebracht werden.

Als besondere Sicherung kommt in Frage, daß die Landarbeiterwohnungen auf die Dauer von 50 Jahren nur von „deutschtämmigen“ Landarbeiterfamilien bewohnt werden dürfen.

Die Träger dieser Maßnahme werden von der obersten Landesbehörde bestimmt, an die die Anträge wegen Bauarbeiten einzureichen sind. Welche Unterlagen beizufügen sind, wird nach bestimmt werden, weil sie in engster Verbindung mit den Landes-Arbeitsämtern erörtert werden.

Die Bestimmung soll besonders die Selbsttätigkeit der Landarbeiterfamilien ermöglichen und damit die Wanderarbeit der Landarbeiterfamilien, die in den meisten Fällen zu einer monatelangen Arbeitslosigkeit und oft damit verbundenen Obdachlosigkeit führt, wodurch nicht selten eine wirtschaftliche und moralische Verelendung eintritt, einschränken.

Mit der Durchführung der Bestimmungen darf aber nicht so lange gewartet werden, bis es den Besitzern der landwirtschaftlichen Betriebe gefällt, davon Gebrauch zu machen; sondern es ist Aufgabe der Bezirksarbeitsämter, in Verbindung mit den örtlichen Behörden, besonders in den ländlichen Gegenden, für den Bau von Landarbeiterwohnungen mit aller Schärfe einzutreten und den Interessen mit Rat und Tat beizustehen.

Allerdings ist mit dem Bau zweckmäßiger Landarbeiterwohnungen die Selbsttätigkeit der Landarbeiter noch nicht ermöglicht, sondern das wichtigste bleibt eine ausreichende tarifmäßige Entlohnung. Wenn beides gleichmäßig zu sichern ist, so wird auch die Möglichkeit bestehen, eine größere Anzahl Arbeiter der städtischen Gemeinden für das Land zu interessieren. Stadtrat E. Rosemann.

jezt auch ein ausschlaggebendes Aktienpaket der Adler, Deutsche Portland-Zementfabrik A.-G. Berlin (Kapital 7,53 Millionen Mark) — Werke in Rüdersdorf) erworben haben, ist die Fusion der Adler A.-G. mit der von dieser bisher schon beherrschten Portland-Zementwerke Saale A.-G. möglich geworden. Die Adler-, Saale- und Sächsisch-Thüringische Portlandzementgesellschaft treten mit ihren acht Prozent der deutschen Zementzeugung nunmehr also unter den Einfluß der Ostwerke A.-G., wodurch sich bei dieser die Kontrolle von etwa einem Viertel der gesamten deutschen Zementzeugung vereint. Im Norddeutschen Zementverband wird damit der Ostwerke-Konzern ausschlaggebend.

Diese Erweiterung der Zementinteressen des Ostwerke-Schultheiß-Pahnhof-Konzerns schafft im Norden und Osten Deutschlands ein festes Trustgefüge, das in seiner Stärke nicht weit hinter dem Wiking-Konzern im Nordwesten und dem süddeutschen Zementkonzern zurückbleibt. Rationalisierung der Industrie wäre schon im Gefolge dieser zunehmenden Vertiefung der Zementindustrie für den Baumarkt, durch staatliche Einflußnahme gefördert werden, die im Augenblick zum mindesten eine statistische und rechnungsmäßige Durchleuchtung der Industrie für die wirksame Durchführung einer Preiskontrolle ins Auge fassen müßte. Eine Aufgabe für Dr. Curtius im Rahmen des Programms der letzten Regierungserklärung.

Aktive kommunale Ferngaspolitik.

Neue Versorgungsgesellschaften in der Pfalz und Westfalen

In Ludwigshafen wurde von der Kreisregierung der Pfalz sowie den Städten Ludwigshafen, Kaiserlautern, Birmlens und Frankenthal die „Pfälzische Gas-A.G.“ gegründet, die die Gasversorgung der Pfalz und der anliegenden Gebiete durch Eigenzeugung und gemeinsamen Zukauf in die Hand nehmen will. Außer den genannten Städten sind auch Landau, Neustadt a. d. S., Speyer, Zweibrücken und bemerkenswerterweise Homburg und St. Ingbert, die im Saargebiet liegen, im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft vertreten. Der pfälzischen Gründung kam eine bedeutende Rolle zufallen für die gegenwärtig zwischen der Südwestdeutschen Gas-A.G. der Hessisch-Nominalen Gasgesellschaft und dem Saargebiet angestrebte einheitliche Organisation.

Gleiche Ziele verfolgt für das südwestliche Gebiet des Großraumes Sachsen der jetzt in Jena gegründet „Gasversorgungsbund Südwestsachsen“, dem zunächst die Städte Auerbach, Crimmitschau, Falkenstein, Glauchau, Auerberg, Lengsfeld, Meerane, Reichenbach und Werdau angehören. Es soll die gemeinsame Gasversorgung der beteiligten Städte geprüft und die Gründung eines dauernden Zweckverbandes vorbereitet werden. Erster Vorsitzender des Verbandes ist Bürgermeister Griebhammer-Falkenstein.

Englischer Eisen- und Stahlzoll.

Die konservative Regierung will immer noch nicht.

Die englischen Eisen- und Stahlindustriellen laufen bei der konservativen Baldwin-Regierung Sturm, um sofort hohe Schutzzölle für ihre Eisen- und Stahlindustrie durchzusetzen. Vor wenigen Tagen hat der englische Ministerpräsident kurzweilig erklären lassen, daß weder die englische Regierung noch das englische Parlament Zeit hätten, sich während des Restes der Regierungsperiode dieses Parlaments mit den Schutzzölmängeln der Eisen- und Stahlindustrie zu beschäftigen. Die englischen Industriellen haben jetzt im Unterhaus mit Obstruktion gedroht und werden in der nächsten Woche den Ministerpräsidenten Baldwin auffordern, sofort einen Schutz Zoll auf Eisen- und Stahl einzuführen. Der „Daily Express“ meldet demgegenüber, daß die Regierung nach wie vor entschlossen ist, das Verlangen der englischen Schwerindustrie abzulehnen. Die konservative Partei Englands will sich offenbar für die kommenden Wahlen von einer derartigen politischen Belastung freihalten.

Frankreich in der Ölproduktion.

Als Großverbraucher für Öl, insbesondere für Benzin hat Frankreich an der Gestaltung der Verhältnisse auf dem internationalen Ölmarkt ein großes Interesse. Das geplante Einheitsmonopol für Petroleum ist infolge des Überflusses des Privatkapitals nicht zustande gekommen, nur Maßnahmen für eine wirksame Kontrolle der Einfuhr wurden vor einigen Monaten getroffen. Als Produzent wird das französische Kapital auf dem Ölmarkt erst erscheinen, wenn die Ausbeutung des Öls in den mesopotamischen Oelfeldern, wo das französische bereits in gleichem Umfang wie das englische und amerikanische Oelkapital beteiligt ist, aufgenommen wird. Doch hat man damit erst in letzter Zeit begonnen.

Inzwischen gelang es dem französischen Kapital, die polnische Ölproduktion an sich zu ziehen. Die polnischen Ölgruben wurden nach dem Kriege zum großen Teil mit französischem Kapital finanziert. In jüngerer Zeit hat das französische Oelkapital die größten polnischen Ölgesellschaften, Ponto, Kosta und die Karpaten-Petroleumgesellschaft erworben. Die Karpaten-Petroleumgesellschaft wird in eine Hochgesellschaft in französischem Besitz umgewandelt werden und wird über 3/4 der polnischen Ölproduktion mit 12 Raffinerien verfügen. Allerdings ist die polnische Ölproduktion zurzeit nicht sehr bedeutend und erreicht noch nicht einmal die Vorkriegsproduktion, doch soll deren Ausdehnung mit französischem Kapital nunmehr in größerem Umfang vor sich gehen.

Juni-Bericht der Reichsbahn. Nach dem Juni-Bericht der Reichsbahn ist der Güterverkehr in diesem Monat zurückgegangen. Die arbeitstägliche Waggengstellung sank auf 147 856 gegen 149 077 Wagen im Monat Mai. Der Bestand an künstlichen Düngemitteln war im Juni außerordentlich groß. Er übertraf den des Monats Mai um 43 Prozent. Für Zement wurden 51 500 Wagen gestellt, gegenüber 49 646 im Mai. Im Personenerverkehr wurden 5920 überplanmäßige Züge gefahren. — Die Einnahmen der Reichsbahn im Monat Mai betrugen insgesamt 415,13 Millionen Mark und sind gegenüber April um rund 12 Millionen Mark gestiegen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 440,91 Millionen und übertrafen die Aprilausgaben um rund 27 Millionen. Der Personalbestand hatte sich Ende Mai auf 708 248 gegenüber 694 511 Ende April erhöht.

Eine Wodenlohnspende für die gesamte Belegschaft. Die Firma Sarotti besteht am 22. Juli sechzig Jahre. Bedeutend begehrt sie als Aktiengesellschaft das Jubiläum ihres 25jährigen Bestandes. Die Gesellschaft veröffentlicht zu diesem Tage eine Festschrift. Sie steht aber im übrigen von allen Feierlichkeiten ab. Die Verwaltung will den Tag dadurch angemessen feiern, daß sie ihrer gesamten Belegschaft einen arbeitsfreien Wodentag gibt und außerdem ein Wodeneinkommen als Jubiläumsspende auszahlt. — Die Sarotti A.-G. ist ein kapitalistisches Unternehmen wie jedes andere und verdient sehr schön. Aber durch die Art, wie die Verwaltung auf besondere Feiern verzichtet und an die Belegschaft denkt, unterscheidet sie sich doch in vorzuziehender Weise von anderen Berliner Großunternehmen, die in dem letzten Jahre auch Geschäftsjubiläum zu feiern hatten.

Normale Reichsbanklage.

Am 15. Juli zwar mäßige, aber reguläre Entlastung.

Die berechtigten Wünsche nach einer Distanzermäßigung, die Befürchtungen einer Distanzerhöhung der Reichsbank im Zusammenhang mit der Geldverengung in New York und kürzlich in Wien, geben dem Reichsbankausweis vom 15. Juli eine besondere Bedeutung. Neuzugänge im Monat Juli sind in ihren Befürchtungen durch die tatsächliche geringe Entlastung der Reichsbank in der 2. Woche nach dem Halbjahresfuß bekräftigt werden. Die Wechselbestände haben um nur 66,2 auf 224,0 Millionen abgenommen, die Lombarddarlehen sind um 16,7 auf 43,9 Millionen erhöht.

Aber diese scheinbare geringe Entlastung ist für die zweite Juliwoche durchaus regulär. Die Erhöhung der Lombarddarlehen erfolgt zur Monatsmitte ganz regelmäßig. Die Gesamtentlastung (46,5 Millionen) war, verglichen mit den gleichen Wochen der beiden Vorjahre — 36 Millionen im Jahre 1927 und mit 75 Millionen im Jahre 1926 — durchaus entsprechend. Im Juli sind die Ansprüche an die Reichsbank wegen der Ferienfinanzierung der Reisenden, der Steuer- und Reparationsarbeiten der Industrie immer sehr hoch. In diesem Jahre kamen die Einzahlungen auf die 80 Millionen Preußenanleihe noch hinzu. Wenn man berücksichtigt, daß die Reichsbankdiskont auf Girokonto 134,6 Millionen neu eingeschalt hat (Erhöhung auf 558,4 Millionen), so muß man sich eher wundern, daß die New-Yorker und Wiener Distanzermäßigung einen so geringen Einfluß auf die Reichsbank ausgeübt haben.

Der Notenumlauf der Reichsbank verringerte sich mit 201,7 auf 4225,0 Millionen sehr wesentlich. Der Umlauf an Rentenbonscheinen nahm um 4,5 auf 551,8 Millionen ab. Die Goldbestände wurden (aus russischen Käufen) wieder um 21,9 auf 2127,3 Millionen erhöht, so daß seit Jahresanfang eine Verstärkung der Goldreserven um über 300 Millionen zu verzeichnen ist. Allerdings verringerten sich die Deckungsbestände — Abnahme um 39,5 auf 200,1 Millionen — stärker, als die Goldbestände zunahmen. Da aber die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen sich trotzdem von 53,0 auf 55,1 Proz. erhöhte, blieb auch für das Deckungsverhältnis die Entwicklung günstig.

Die Prüfung der Möglichkeiten, der rückgängigen Konjunktur eine diskontpolitische Stütze zu geben, erstreckt sich durch die New-Yorker Vorgänge jetzt natürlich auf einen längeren Zeitraum. Sie muß aber fortwährend erfolgen, und die Distanzermäßigung muß das Ziel der Reichsbankpolitik in der heutigen Wirtschaftslage bleiben.

Das Joch der Lebensmittelzölle.

Belastung der deutschen Bevölkerung durch die Agrarzölle.

Aus der jüngsten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die deutschen Zollverträge in den Jahren 1926 und 1927 ist das außerordentlich hohe Zollaufkommen des Jahres 1927 ersichtlich. In diesem Jahr wurden nicht weniger als 1224 Millionen Mark aus Zöllen eingenommen gegenüber 840 Millionen im Jahre 1926. Fast drei Viertel dieses Aufkommens, 904 Millionen Mark, entfallen auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, tierische und pflanzliche Produkte und Nahrungs- und Genussmittel.

Allein die Getreidezölle brachten einen Ertrag von 300,5 Millionen Mark, also fast ein Viertel des gesamten Zollaufkommens. Der Wert der Getreideeinfuhr betrug 1,6 Milliarden Mark; somit machte die Zollbelastung 10 Proz. des Wertes aus. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 4,75 Mark als Belastung aus den Getreidezöllen. Selbstverständlich war die wirkliche Belastung der Bevölkerung durch die Getreidezölle wesentlich größer,

als aus diesen Ziffern ersichtlich ist, weil ja die Zölle die Steigerung des im Inland erzeugten Getreides herbeiführen. Die den Verbrauchern als Aufwuchsleistung gewährten Einfuhrzölle kosteten die Reichskasse im Jahre 1927 „nur“ 21,9 Millionen Mark. Bedenkt man aber, daß die Einfuhrzölle den Zweck verfolgen, durch Förderung der Getreideeinfuhr und Verknappung der Inlandsreserven den Inlandspreis zu heben bzw. den Landwirten die Ausnutzung des Schutzzölles in vollem Maße zu ermöglichen, so beträgt der Preis, den die Verbraucher infolge der Einfuhrzölle zu tragen haben, ein Vielfaches der 21,9 Millionen, die auf Kosten der Staatskasse gingen.

Die Verarbeitungsprodukte der Landwirtschaft genießen gegenüber der Getreideeinfuhr einen relativ geringeren Zollsatz. Butter und Margarine wurden im Betrage von 367 Millionen Mark eingeführt, die Zolleinnahmen aus dieser Einfuhr betragen 30,1 Millionen Mark, d. h. 8 Proz. vom Wert (auf den Kopf der Bevölkerung 48 Pf.). Die Einfuhr von Eiern hatte einen Wert von 288 Millionen Mark und brachte einen Zollertrag von 13,2 Millionen, d. h. 4,5 Proz. vom Wert gegenüber 19 Proz. beim Getreide (auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet eine Belastung von 21 Pf.). Die Gegenüberstellung der Einnahmen aus der Getreideeinfuhr auf der einen und aus der Butter- und Eiereinfuhr auf der anderen Seite zeigt deutlich die einseitige Bevorzugung des Großgrundbesitzes, der allein den Markt mit Getreide beliefert.

Auch die Zuckereinfuhr wird mit erdrückenden Zöllen belastet. Bei einem Einfuhrwert von 36,8 Millionen entfielen nicht weniger als 10,7 Millionen = 29 Proz. des Wertes auf Zölle. Die Schweineeinfuhr war mit 17 Proz. des Einfuhrwertes geschätzt, doch konnten infolge der bestehenden gesundheitspolizeilichen Maßnahmen sowie infolge der Einfuhrverbote nennenswerte Mengen nicht eingeführt werden. Die gesamte Schweineeinfuhr des Jahres 1927 betrug 12,1 Millionen, der Zoll hieraus 2,1 Millionen Mark.

Ein Osttrist der Zementindustrie.

Die Ostwerke A.-G. verstärkt ihre Machtposition.

Zu den unerfreulichsten Kapiteln der deutschen Kartellgeschichte und Kartellpolitik gehören die Verhältnisse in der deutschen Zementindustrie. Die Kapazität der Zementindustrie überschreitet weit den Bedarf, und dennoch bedeutet die Preispolitik der Zementindustrie eine monopolistische Ausbeutung des Marktes, wie sie kaum in einer anderen Industrie eine Parallele findet. Die damit verbundenen großen Gewinne haben in der letzten Zeit allerdings das Außensterritorium begünstigt, und die Produktionsfähigkeit der Industrie wurde noch stärker erweitert. Der Kampf gegen die Außenwelter nahm in der Folge die brutalsten Formen an, worüber wir in den letzten Monaten häufig genug berichten mußten.

Allerdings hat die übergrasende Leistungsfähigkeit zusammen mit den großen Gewinnen in der Zementindustrie auch zur Bildung großer Konzerne und Trusts geführt, von der zu erwarten ist, daß sie allmählich auch den für die Volkswirtschaft verlustreichen Kartellkämpfen ein Ende setzen wird. Im Westen regieren heute schon der große Wiking-Konzern und die Süddeutsche Heidelberg-Rammheim-Kombination. Im Norden und Osten Deutschlands haben sich jetzt auch der Vertrauensgedanke härter durchzusetzen.

Dieser Vertrauensgedanke im Osten und Norden dient eine Kombination, die jetzt von der Ostwerke A.-G., der zweiten Hauptgesellschaft des Schultheiß-Pahnhof-Konzerns, ausgeht. Die Ostwerke A.-G. verfügte schon bisher durch ihre Herrschaft über die sächsische Zementindustrie über mehr als sechzehn Prozent der gesamten deutschen Zementzeugung. An der Sächsisch-Thüringischen Portland-Zementfabrik Brüning u. Co. waren die Großaktionäre der Ostwerke A.-G. bisher schon beteiligt. Da die Ostwerke A.-G. und die mit dem Konzern verbundenen Bauhäuser